

Der Textil-Arbeiter

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin D 24, Memeler Str. 2/3
Verleger: Königsplatz 1006, 1076 und 1262 - Die Zeitung
erscheint jeden Freitag
Telegraphische Adressen: Textilpraxis Berlin

Beizungelt seid Ihr nichts - Beizungt alles!

Anzeigen- und Verbandsgeber sind an Otto Schma, Berlin D. 24
Memeler Straße 2/3 (Postfachkonto 5388), zu richten - Bezugs-
preis nur durch die Post. Vierteljährlich 6 RM.
Anzeigenpreis 4 Mark für die dreispaltige Zeile.

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Der Verbandstag in Hamburg.

Am Montag, dem 20. Juni 1927, pünktlich 10 Uhr, eröffnete der Verbandsvorsitzende, Kollege Hübsch, den 16. Verbandstag in Hamburg, der, wie wir schon im Vorbericht bemerkten, von zahlreichen Gästen besucht war. Kollege Hübsch begrüßte die Gäste und verwies darauf, daß dem Kollegen Shaw, als er von seiner Indienreise zurückkehrte, die er im Interesse der Textilarbeiterorganisation unternommen hat, ein schweres Unglück durch den Tod seiner Tochter zugestoßen ist. Zu Ehren der Kollegin Shaw und zugleich der in den letzten drei Jahren verstorbenen Mitglieder des Verbandes erhoben sich die Delegierten von ihren Plätzen. Hübsch verwies darauf, daß

Hamburg historischer Boden der Arbeiterbewegung
ist. Bismarck und v. Elm haben von Hamburg aus durch ihr Wirken großen Einfluß auf die Entwicklung der Gewerkschaftsorganisation ausgeübt. Im Namen des Reichsarbeitsministeriums begrüßte der Stadtrat Runge den Verbandstag. Dr. Mathaei überbrachte die Grüße der Stadt Hamburg. Er wies in wohlthuender Weise darauf hin, daß „in Hamburg mit den Grundgeden der Verfassung der deutschen Republik Ernst gemacht sei, daß die Arbeitnehmer als gleichberechtigt mit den Unternehmern gelten. Der Kollege Roscher-Reichenberg sprach für die Union der Textilarbeiter der Tschechoslowakei, des Schweizer Textilarbeiterverbandes und der Union Oesterreichs. Er sagte u. a.: „Wir folgen gern Ihrem Rufe zu Ihren Verbandstagen. Ihre Verbandstage bieten für uns eine große Fülle neuer Anregungen, die wir im praktischen Kampfe in unserem Lande und im Interesse unserer Arbeiter verwerten können, und sind interessiert für das Leben und die Ereignisse, die sich hier abspielen, besonders, da ihr Schicksal auch das unsere ist!“ Wir sind aber auch weiter mit Ihnen verbunden durch das Gemeinsame der Sprache, durch das Gemeinsame der Kultur.“ Der Genosse Wilhelm Eggert vom ADGB übermittelte in feiner abgemessenen, geschliffenen Worten die Grüße des ADGB. Er gedachte in seiner Rede des Genossen Jädel, der bald wieder gesunden möge, damit er wieder für die deutsche Textilarbeiterchaft wirken kann. Der Kollege Zerbe brachte die Grüße der polnischen Textilarbeiterchaft zum Ausdruck. Ehrenteil-Hamburg begrüßte den Verbandstag im Namen des Ortsausschusses Hamburg des ADGB, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes. Auch er verwies darauf, daß Hamburg klassischer Boden der Arbeiterbewegung sei und daß Hamburg mit den Namen Dorn, Bahlreich, Bebel und Legien unaussprechbar verknüpft sei. Kollege Shaw, mit großem Beifall empfangen, richtete in deutscher Sprache eine wohlgedachte Begrüßungsrede an den Verbandstag, in der er zum Ausdruck brachte, daß die deutsche Organisation eines der besten Mitglieder in der Internationale sei. Er verwies darauf, daß die Interessen der Textilarbeiterchaft Deutschlands mit der ganzen Welt aufs innigste verknüpft seien und durch eine stramme internationale Organisation gehiebert werden können.

Zum Allgemeinen Bericht führte der Kollege Hübsch aus, daß seit Kassel ein

merkbarer Fortschritt

zu verzeichnen sei. Der Deutsche Textilarbeiterverband habe trotz der Stänkereien der sogenannten Opposition einen wichtigen Schritt nach vorwärts gemacht. Erfreulich sei der Fortschritt, der in der Beitragsfrage gemacht worden sei. Lebhaftige Zustimmung des Verbandstages ward ihm zuteil, als er das frühere Vorstandsmitglied Schulz als das bezeichnete, was er ist. Kollege Hübsch sagte, daß es eine der schlimmsten Situationen gewesen sei, die er in seiner 36jährigen Verbandstätigkeit durchgemacht habe. Im weiteren besprach er die

Bildungsarbeit der Organisation,

um dann auf die Anträge, die zum Vorstandsbericht eingelaufen sind, einzugehen. Die Ausführungen des Kollegen Hübsch werden vom Verbandstag mit lebhaftem Beifall entgegengenommen.

Der Kollege Jehms erstattet hierauf den Kassenbericht. Er hob lobend hervor, daß die Beitragsleistung eine bessere geworden sei. Natürlich seien auch die Ausgaben für die Unterstüzungszwecke wesentlich gestiegen. Demzufolge sei es notwendig, daß die Mitglieder die Mahnung beherzigten, die Beitragsleistungen noch weiter zu steigern. Je höher der Beitrag, je stärker die Macht des Verbandes, um so größer der Erfolg im Kampfe gegen das Unternehmertum. Auch diesen Bericht nimmt der Verbandstag mit lebhaftem Beifall entgegen.

Der Kollege Feinhals erstattet hierauf sein Referat über Lohnbewegungen. Ausführlich bespricht er den Kampf mit dem Norddeutschen Volkonzern. Dieser Kampf sei hervorgerufen worden durch die Person des Herrn Dr. Horst, der sich jetzt krampfhaft bemüht, Mitschuldige zu

finden. Dr. Horst sei der Apostel der „Gelben“. Der Konzern unterhält in Berlin eine eigene Dressuranstalt für Gelbsucht. Er verweist aber auch auf die unhaltbaren vorläufigen Verfügungen der verschiedenen Gerichte, wodurch das Streikrecht illusorisch gemacht worden sei. Der gesamte Bericht des Kollegen Feinhals zeigte, daß der Deutsche Textilarbeiterverband vieles für die Arbeiterchaft in der letzten Tätigkeitsperiode erreicht hat. Er gedachte aber auch am Schluß der treuen Mitarbeit der Funktionäre im Lande, durch deren Arbeit es möglich gewesen ist, einen großen Schritt vorwärts zu tun. Auch die Rede des Kollegen Feinhals wird lebhaft applaudiert. Einen überaus netten Bericht erstattete der Kollege Röbel für die Abteilung Volkswirtschaft, Statistik und Jugend. Das Tätigkeitsgebiet, das ihm zugeteilt worden sei, habe ihm eine recht reichhaltige Arbeit gebracht, die zu leisten aber nur dadurch möglich war, daß er sich auf eine Reihe von Mitarbeitern stützen konnte, die in selbstloser Arbeit ihm zur Seite gestanden haben. Für das gutdurchdachte, glänzende Referat sollte ihm der Verbandstag lebhaften Beifall. Der Kollege Dressel gab den Bericht für die Redaktion. Er zog eine Parallele zwischen der früheren Redaktion und der der Gegenwart und kam zu dem Schluß, daß der „Textilarbeiter“ noch weiter ausgebaut werden müsse, dazu bedürfe er aber auch der Mitarbeit der Kollegen im Lande.

Die Kollegin Ritsche aus dem Arbeiterinnensekretariat Berlin hielt ein glänzendes, mit großem Beifall aufgenommenes Referat über: „Die bisherige Arbeit und die Probleme der Zukunft“. Einleitend ihrer Ausführungen verwies sie darauf, daß die Textilindustrie eine Industrie der Frauen sei, die durch die revolutionierende Macht der Maschine ermöglichte, die Frauen aller Altersklassen in die Textilfabriken zu verbannt. Von Jahr zu Jahr steige die Zahl der Textilarbeiterinnen auffallend. Leider schenke die Frau der Organisation noch nicht die Bedeutung, die ihr zukommt. Es sei dies auf die jahrhundertelange Unterdrückung der Frau innerhalb der Gesellschaft zurückzuführen. Man müsse deshalb besondere Mittel anwenden und besondere Aufwendungen machen, um die in der Textilindustrie beschäftigten Frauen zu organisieren. Sie bespricht dabei die bisherige Tätigkeit des Arbeiterinnensekretariats. Die Ausführungen der Kollegin Ritsche über die Tätigkeit der Organisation bezüglich des Schwangerschutzes fanden ein aufmerksames Auditorium. Uebergehend zu den Problemen der Zukunft, brachte sie eine Reihe neuer Vorschläge zum Vortrag, die vom Verbandstag akzeptiert wurden. In einer Resolution, die vom Verbandstag angenommen worden ist und die wir an anderer Stelle des „Textilarbeiter“ zum Abdruck bringen, finden die Ausführungen der Kollegin Ritsche einen Niederschlag. In der Diskussion zu dem Vorstandsbericht, die von einer größeren Anzahl Kollegen und Kolleginnen bestritten wurde, wurde die Tätigkeit des Hauptvorstandes gebilligt und anerkannt. Es hat selten eine Generalversammlung stattgefunden, in welcher mit einer so großen Einmütigkeit des Verbandstages die Arbeiten des Hauptvorstandes gutgeheißen wurden. Innere Geschlossenheit des Verbandstages kann als ein gutes Omen für den Deutschen Textilarbeiterverband gewertet werden. Sie weist die Textilarbeiterchaft Deutschlands darauf hin, daß nur in der Einigkeit und Geschlossenheit der deutschen Textilarbeiterchaft eine durchgreifende Besserung der Lebenslage der Textilarbeiter ermöglicht werden kann. Die kommunistische Opposition fiel auf dem Verbandstag glatt ab. Nur zwei vertraten mit wenig Geschick, dafür aber mit um so größerem Augenaufwand die Phrasen aus der kommunistischen Gewerkschaftsküche.

Die einstweiligen Verfügungen gegen das Streikrecht der Arbeiterschaft machen Schule.

Das Landgericht Potsdam hat eine einstweilige Verfügung, die der Filiale Brandenburg des Deutschen Textilarbeiterverbandes und deren Geschäftsführer unter Androhung einer Geld- oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten für jeden Fall der Zuwiderhandlung verbietet, Unterstütionen an die ausgesperrten Arbeiter der Jutefabrik auszusenden, erlassen. Die Aussperrung, von der Firma „Streit“ genannt, ist infolge Arbeitsfreitigkeiten von der Firma vorgenommen worden. Der Schlichter Wiffell hatte am 11. Mai zwischen der Arbeiterschaft und der Firma eine Vereinbarung zustande gebracht, in der festgelegt war, daß vorübergehend Ueberstunden geleistet werden können. Für eine Arbeitszeit von 51 bis 53 Stunden muß die Bewilligung der Arbeitervertretung durch die Firma eingeholt werden. Die Jute- spinnererei verlangte aber eine Wochenarbeitszeit von 54 Stunden. Die Arbeitervertretung lehnte dieses Ansuchen ab, worauf die örtliche Schlichtungskommission mit 3 gegen 2 Stimmen eine Arbeitszeit von 54 Stunden für vorläufig

drei Monate festlegte. Die Spinnerinnen verweigerten aber die Mehrarbeit, die über 51 Stunden hinausging. Die Arbeiterinnen verließen deshalb an zwei Tagen nach Ableistung der vertraglichen Arbeitszeit die Arbeitsstätte, worauf die Firma sämtliche Arbeiterinnen fristlos entließ. Am 3. Juni sollten sich die Arbeiterinnen schriftlich verpflichten, sich als neu eingestellt zu betrachten und 54 Stunden zu arbeiten. 275 Arbeiterinnen lehnten dieses gegen Treu und Glauben verstößende Ansuchen der Firma ab. Die Organisation hat pflichtgemäß die Unterstüzung der Arbeiterinnen übernommen, da der Kontraktbruch auf Seiten der Firma liegt und dem die Schlichtungskommission in unverständlicher Weise Vorschub geleistet hat. Das Landgericht Potsdam ist nun ebenfalls dem Arbeitgeber beigeprungen durch Erlaß einer einstweiligen Verfügung. Nach dieser altenartigen Verfügung ist diese vorläufige Verfügung des Potsdamer Landgerichtes ein unverständlicher und unhaltbarer Akt, dem jeder Rechtsboden fehlt. Selbstverständlich ist gegen die Verfügung Berufung eingelegt worden.

Porto und Zoll.

Schwerindustrie und Leuerungsstelle. - Ein deplacierter Postminister. - Papierne Verströfungen. - Sabotage der Genfer Konferenz.

Die seit Monaten kräftig fortschreitende Besserung in der deutschen Wirtschaft ist uns vor einiger Zeit von dem Institut für Konjunkturforschung bestätigt worden. Sie wird auch durch die auf dem Arbeitsmarkt eingetretene Entlastung, durch die zurückgehende Arbeitslosenziffer bewiesen. Trotzdem sind noch Hunderttausende von Arbeitern und Arbeiterinnen aus dem Arbeitsprozess ausgeschaltet. Die chronische Arbeitsmarktkrise geht trotz anziehender Konjunktur weiter. Mit beispielloser Gründlichkeit beschäftigen wir uns wohl in Deutschland nun schon seit Jahren mit allen Veränderungen in unserer Nachkriegswirtschaft, auf die die chronische Arbeitsmarktkrise zurückzuführen ist. Weniger gründlich und konsequent sind wir aber darin, alles zu tun, um die Krisenursachen aus der Welt zu schaffen. Im Widerstreit der Meinungen entschließt man sich nur schwer, in den meisten Fällen gar nicht, zu Schritten, um eine allgemeine und dauernde Besserung der Wirtschaft zu erzielen. Kaum prägt sich im Rahmen einer weiteren Wirtschaftsbelebung eine größere Nachfrage nach Waren, ein flotterer Warenabfah aus, so sind Erzeuger und Händler mit Forderungen nach höheren Preisen zur Stelle. Die Heraushebung des Zinsfußes der Reichsbank von 5 auf 6 Proz. ist sicherlich durchaus ungeeignet, die Wirtschaftsbelebung zu fördern; sie mag schließlich aber durch Gründe der durch die Reichsbank zu betreibenden Geldpolitik begründet sein. Jegliche Begründung aber fehlt, wenn z. B. die Schwerindustrie, insbesondere die Eisen- und Stahlindustrie, die sich einer beispiellosen Konjunktur erfreut, nach höheren Preisen schreit. Gibt die Regierung diesen hysterischen Rufen nach, so droht sie ohne Zweifel die Belebung in wichtigen Zweigen der Wirtschaft. Gerade die weiterverarbeitende Industrie hat in den letzten Tagen vor einer Erhöhung der Rohmaterialpreise gewarnt, mit der bedeutamen Begründung, daß eine Preissteigerung zu einer neuen Wirtschaftskatastrophe führen muß, weil auf der anderen Seite die für den Wirtschaftsverlauf entscheidende Kaufkraft der breiten Schichten nicht gesteigert wird.

Im Lager derjenigen Leute, die unter allen Umständen höhere Preise wollen, befindet sich auch der gegenwärtige Reichspostminister Schähl. Nicht daß Herr Schähl dadurch aus dem Rahmen des Reichskabinetts herausfällt. Die früheren bürgerlichen Regierungen, die unter der Leitung des ehemaligen Reichszanzlers Dr. Luther standen, beschäftigten sich immer wieder mit Preisabbauaktionen. Wenigstens sprach man in der Öffentlichkeit sehr viel davon. Das gegenwärtige Reichskabinet macht aber ausgesprochene Preissteigerungsaktionen - und das ist das Bedenkliche für den Arbeitsmarkt und einer der Gründe, weshalb wir leider immer noch nicht von der Ueberwindung der chronischen Arbeitsmarktkrise sprechen können. Das ist, wie gesagt, Herr Schähl aus Bayern, dem die Regierungsparteien die Verwaltung der Reichspost anvertraut haben. Herr Schähl ist in seinem Tun und Lassen ziemlich selbständig, da für ihn, rein formell genommen, nicht der Beschluß des deutschen Reichstages, sondern die Paragraphen des Reichspostfinanzgesetzes maßgebend sind. Der deutschen Post ist es in den letzten Jahren wirklich nicht schlecht gegangen. Sie schwamm in Millionen, als wo anders die Kassen leer waren. Heute scheinen die Gelder knapper geworden zu sein. Und so kam Herr Schähl auf den Gedanken, die Postfinanzen dadurch auszubessern, daß man die Postgebühren erhöhe. Viel Geist liegt in dieser Methode nicht. Sie dürfte alles andere sein als kaufmännische Begabung und finanzielle Geschicklichkeit. Die Reichspost ist ein Monopol, ein erheblicher Teil des Verkehrs in Deutschland ist auf sie angewiesen. Es ist also etwas Leichtes, die Einnahmen der Post zu steigern, indem man die Preise erhöht, da ja jeder, der einen Brief verschiden oder ein Paket befördern lassen will, diese Reichspost braucht und ihre Preise zahlen muß. Wenn derartige Methoden, die Finanzen eines Unternehmens zu vermehren, richtig sein sollen, so können wir jedem Ab-

Inhalt: Der Verbandstag in Hamburg. — Die wichtigste Verhandlungen gegen das Streikrecht der Arbeiterklasse machen Schule. — Porto und Zoll. — 36-Jahrfeier der Ortsgruppe Augsburg des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes. — Deutsche Gerichte verurteilen den Streik (Schluß). — Frauenwelt. — Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages. — Das „soziale“ Dreigespann. — Bekanntmachungen. — Unterhaltungsteil: Wie die Nähmaschine erfunden wurde. — Beilage: Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages.

Schließen die Reichspost anvertrauen und brauchen die geistlichen Fähigkeiten des Herrn Schäpl nicht in Anspruch zu nehmen. Volkswirtschaftlich sehen die Dinge aber etwas anders aus. Die von Schäpl geforderte Gebührenerhöhung belastet die Wirtschaft mit 600 bis 700 Millionen Reichsmark. Natürlich wird diese Belastung auf den Verbraucher, auf die breiten Schichten abgewälzt. Die Lebenshaltung verteuert sich und die Kaufkraft wird geschwächt. Es ist die allerhöchste Zeit, daß mit Finanzierungsmethoden, wie sie der Herr Reichspostminister betreibt, indem man die Verbraucher auswuchert, mit dem Erfolg, daß sich die Absatzkrisis immer hartnäckiger gestaltet und größer wird, aufgeräumt wird. Von einem Reichspostminister verlangen wir, selbst wenn er aus Bayern ist, daß er Verständnis für diese Zusammenhänge aufbringt.

Ein Vertreter der elektrotechnischen Industrie, die ja der größte Lieferant der Reichspost ist, hat mal vor einiger Zeit gesagt, es schade gar nichts, wenn der einzelne für die Versorgung eines Briefes 5 Pf. Porto mehr bezahle, da die Post dadurch Mittel zu Neuanlagen in die Hand bekomme. Das stimmt, wenn man die ganze Angelegenheit vom Standpunkt der kapitalistischen Betriebe aus betrachtet. Volkswirtschaftlich sind die Dinge aber, wie wir dargelegt haben, wesentlich anders. Wenn wir hier nochmals darauf zurückgreifen, so geschieht es nur deshalb, um den Reichspostminister Schäpl als den Mann zu kennzeichnen, der die Gebührenerhöhung durchaus nach den von der Dividendenhöhe diktierten Auffassungen der Kapitalisten in der elektrotechnischen Industrie regeln möchte. Verläufig ist es dem Widerstand, insbesondere dem der Sozialdemokratie gelungen, Herrn Schäpl zu bewegen, seine Gebührenerhöhung zurückzuziehen. Der Reichspostminister wird aber nicht der Mann sein, der, ähnlich wie es bei der Reichseisenbahn der Fall ist, die für die geplanten Neuanlagen notwendigen Summen aus einer allgemeinen Belebung des Unternehmens zieht, sondern er wird sehr wahrscheinlich in Kürze mit einer neuen Gebührenerhöhung auf dem Plan erscheinen. Während der Debatte um die Gebührenerhöhung hat Herr Schäpl auch das böse Wort gebrannt, daß er ohne die Preiserhöhung 12 000 Arbeiter entlassen müsse, weil er die geplanten Neuanlagen nicht durchführen könne. Diese Neußerung sollte einen Druck auf die sozialdemokratischen und kommunistischen Vertreter im Verwaltungsrat der Post sein, sollte sie für die Genehmigung der Gebührenerhöhung mürbe machen. Schäpls Drohung ist eine leere Demonstration, diktiert von politischen Zwecken und von einer ungeschicklichen Empfindlichkeit. Mit solchen Mitteln macht man die von der Reichspost behauptete Notwendigkeit einer Preissteigerung dem Lande nicht begreiflich. Wir wollen aber einmal den Spieß umdrehen. Wie ungeschicklich — sagen wir einmal betriebswirtschaftlich nicht ganz einwandfrei — müssen die Verhältnisse bei der Reichspost sein, wenn man mit nichts für nichts einen immerhin ins Gewicht fallenden Bruchteil der Arbeiterklasse auf Knall und Fall entlassen kann. Herr Schäpl muß es uns schon gestatten, daß wir über seine Redeleistung etwas verwundert sind. Mehnlich steht es um das Neuanlageprogramm bei der Reichspost überhaupt. Der Herr Minister hat eine ganze Reihe Möglichkeiten, die erforderlichen Geldmittel ohne Gebührenerhöhung aufzubringen. 12 000 Arbeiter entlassen heißt doch, nach unserem beschriebenen Dajurheiten, das Neuanlageprogramm der Post einfach nicht auszuführen zu wollen, von den sich bietenden Möglichkeiten keinen Gebrauch zu machen. So deplaciert die Nebenbemerkung Schäpls ist, so erscheint uns auch der Mann nicht am richtigen Platze. Noch viel besser: das ganze Reichspostfinanzgesetz verschwindet in

feiner augenbäulichen Gestalt, damit die Wirtschafts- und Geschäftsführung bei der Post über den Reichstag mehr volkswirtschaftlichen Einflüssen ausgesetzt wird.

Die Deutschnationalen sind seinerzeit in die Regierung eingetreten, um die Zölle auf die landwirtschaftliche Einfuhr nach Deutschland weiter steigern zu können. Nun läuft binnen kurzem der Zolltarif von 1926 ab. Das Reichskabinett in seiner Gesamtheit will den Zolltarif bis Ende 1930 verlängern. Bei dieser Gelegenheit soll dem Wunsch der Agrarier nach höheren Zöllen Rechnung getragen werden, d. h. man will die Liebesgaben für die Landwirtschaft erhöhen, den breiten Massen aber den Brottorb höher hängen. Die Deutschnationalen sind nun mit außerordentlich hohen Forderungen auf den Plan getreten. So verlangten sie u. a. die Verzollung des Gefrierfleisches, das bisher in einer Menge von 120 000 Tonnen zollfrei nach Deutschland eingeführt wurde, im Ausmaß von 45 Mk. pro Doppelzentner. Ein solcher Zoll hätte gerade die Arbeiterklasse, deren Einkommen ja schließlich nur den Genuß von Gefrierfleisch erlaubt, getroffen. Die Erregung, die auf Grund dieser Forderung durch die Massen, und auch durch die Massen der katholischen Arbeiter, der Zentrumsanhänger geht, hat die Regierungsparteien denn doch stutzig gemacht. Wie es heißt, war selbst das Reichskabinett als Gegenleistung nicht verlockend genug, um die Bedenken beim Zentrum zu zerstreuen. So hat man den Gedanken, einen Zoll für Gefrierfleisch einzuführen, ja eingeleistet. Es bleibt aber immer noch bei einer Regelung, die die Einfuhr von Gefrierfleisch ungerechtfertigt beschränkt und die Lebenshaltung der Arbeiterklasse belastet. Trotzdem glaube das Reichskabinett den Deutschnationalen ein Zugeständnis dadurch machen zu müssen, daß man den Fleischzoll von 21 auf 32 Mk. erhöhe. Auch die Erhöhung des Weizenzolles um 0,50 auf 5,50 Mk. ist in Erwägung gezogen worden. Da aber das Brotgetreide an und für sich knapp in Deutschland ist und die Brotreise täglich mehr in die Höhe klettert, brachte man doch nicht den Mut auf, den Weizenzoll weiter zu steigern. Man liebt aber dafür den Agrariern ein Pfaster auf die Wunde, indem man den Zoll für die Kartoffeleinfuhr um 100 Proz. auf 1 Mk. pro Doppelzentner erhöhen will. Auch die Erhöhung des Zuckersolls auf 15 Mk. wird das Reichskabinett dem Reichstag vorschlagen. Vor Monaten wurde mal der Plan erörtert, die Alkoholsteuern zu steigern, um die Zuckersteuer zu senken. Das Reichskabinett hatte auch versprochen, die Zuckersteuer zu senken, wofür es aber, als Liebesgabe für die Zuckerindustrie, eine Erhöhung des Zuckersolls verlangte. Nun hat man vor gut einem Monat die Preise des Branntweinmonopols ganz beträchtlich erhöht und so den landwirtschaftlichen Brennereien, zu guter Letzt den ostelbischen Agrariern, neue Subventionen zugeschanzt. Man will auch den Zuckersoll ganz bedeutend erhöhen, zum Gunsten der Rübenbauern und der Zuckerfabriken. Aber über eine Senkung der Zuckersteuer schweigt sich die gegenwärtige Rechtsregierung aus. Dies würde ja auch nur der Bevölkerung, den breiten Schichten zugute kommen. Und für diese hat die Regierung nichts übrig. Prinzipiell nicht.

Deutschland hat auf der Weltwirtschaftskonferenz an hervorragender Stelle mitgewirkt. Dort sind auch Beschlüsse gefaßt worden, die den Völkern empfehlen, die Zollschranken möglichst bald abzubauen. „Es ist keine Zeit damit zu verlieren“, wurde auf der Konferenz von einem hervorragenden Sachverständigen betont, „da das Haus brennt.“ Deutschland hat diesen Beschlüssen amüßig zugestimmt. Wie werden diese Beschlüsse nun von der gegenwärtigen Rechtsregierung verwirklicht? Man baut Zölle auf und nicht ab. In derselben amtlichen Bekanntmachung der deutschen Regierung, die die neuen geplanten Zoll erhöhungen mitteilt, steht zu lesen, daß die Reichsregierung dem Handelspolitischen Ausschuß um ein Gutachten ersuchen wird, wie den Beschlüssen der Genfer Weltwirtschaftskonferenz nach Abbau der Zollschranken Rechnung getragen werden kann. Immerhin ist das eine sehr merkwürdige Art und Weise, die Beschlüsse der Genfer Konferenz zu verwirklichen. Man gibt dem Volke, das sicherlich unter hohen Preisen leidet, das Versprechen, ein Gutachten einholen zu wollen, ein Stück Papier also,

den Großagrariern aber eine fette Liebesgabe. Wie hier die Zölle abgebaut werden sollen, das erinnert an jenen Mann, der den Alkohol vertilgen will, indem er von ihm möglichst viel trinkt. Der Prolet, der demnächst einen höheren Kartoffel-, Zucker- und Fleischpreis zahlen muß, kann auch sagen: Geld geb ich für Gutachten. Was sich die Regierung in der verflochtenen Woche in der Zollfrage erlaubt hat, ist eine Verhöhnung der Massen. Ist aber auch eine Sabotage der Genfer Weltwirtschaftskonferenz und ihrer Beschlüsse, die im Auslande berechtigtes Aufsehen erregen und das Vertrauen zu Deutschland zerstören muß. Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann soll vor diesen Zollbeschlüssen gewarnt haben. Er wird genügenden Grund dafür haben!

35-Jahrfeier der Ortsgruppe Augsburg des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes.

Im allgemeinen ist es üblich, Jubiläen jeweils mit Abschluß eines Vierteljahrhunderts zu feiern. Die Vollendung des ersten Vierteljahrhunderts seit Gründung unserer Ortsgruppe fiel in die Kriegszeit, daran schlossen sich Jahre des bittertesten politischen und wirtschaftlichen Kampfes — da war keine Stimmung, Festlichkeiten zu begehen. So kommt erst heute — nach 35-jährigem Bestehen — die Augsburgische Ortsgruppe zu ihrem Jubiläum — zu einer Rückschau auf die durchlebte und durchkämpfte Zeit, verbunden mit Ehrung 25- und mehrjähriger Jubilare.

Zum Festabend war der geräumige Saal des Ludwigsbaues durch Angehörige unseres Verbandes vollbesetzt. Nach eintretenden Musikstücken der Jugendkapelle des Textilarbeiterverbandes nahm Gauleiter Kollege Schönleben das Wort zur Begrüßungsansprache. Er hieß die in stattlicher Zahl anwesenden Jubilare willkommen, dann den Vertreter des Zentralvorstandes. Herzliche Worte der Anerkennung für die geleisteten Dienste im Interesse unseres Verbandes richtete er an den Kollegen Karl Hübsch. Der Willkommengruß galt auch den Vertretern der Filialen Günzburg, Wittislingen, Schwabmünchen, München und Schwaig bei Erding. In seinen weiteren Ausführungen gedachte der Redner auch der „Schwäbischen Volkszeitung“, die stets als treue Streiterin der Augsburgischen Textilarbeiterklasse zur Seite gestanden hat, wenn es galt, gegen ein übermächtiges Unternehmertum deren Interessen wahrzunehmen. Mit dem Kampfruf „Vorwärts immer, rückwärts nimmer“ schloß der Redner seine Begrüßungsansprache, die mit Beifall aufgenommen wurde. Anschließend folgten noch einige musikalische Darbietungen. Für den eigentlichen künstlerischen Teil des Abends hatte man ausserlesene Kräfte des hiesigen Stadttheaters gewonnen, deren Vorträge geradezu stürmischen Beifall auslösten. Hierauf trat, von Seiten der Festteilnehmer mit lebhaftem Beifall begrüßt, unser alldirektorieller Senior des Verbandes Karl Hübsch vom Hauptvorstand das Podium zu seiner Festansprache, in der er folgendes ausführte: Werte Festteilnehmer! Kollegen und Kolleginnen! Wir feiern heute ein Jubiläum, das, wenn es auch nicht gerade mit 25 oder 50 Jahren abschließt, doch ein bemerkenswerter Festtag ist, an dem unsere alten stürmerproben Jubilare auf viele Jahre fruchtbarer Tätigkeit für die Organisation zurückblicken können.

Bei einem derartigen Fest schaut man gerne zurück: was man gearbeitet und geleistet hat, aus welchem Grund fanden sich die Männer und Frauen in der Organisation zusammen, welches war der Zweck ihrer Vereinigung. Redner gab nun einen Ueberblick über die Verbandsgeschichte seit dem Jahre 1890. 50 bis 80 Leute waren es damals, die sich in Augsburg zusammensanden, um eine Ortsgruppe zu gründen. Die Schwierigkeiten, die damals zu überwinden waren, können sich heute die wenigsten vorstellen. Die Stellung der Unternehmern der Organisation gegenüber war nicht nur eine rücksichtslose, sondern direkt feindliche. Nach und nach setzte sich der Organisationsgedanke auch in der Augsburgischen Textilarbeiterklasse durch. Rückschläge, die eintraten, verminderten das feste Fundament nicht zu erschüttern, und hier sind vor allem die Jubilare zu nennen, die mit dazu beitrugen, das Geschaffene nicht nur zu halten, sondern auch weiter auszu-

Wie die Nähmaschine erfunden wurde.

Von Max Karl Böttcher.
„Seht, ist der arme Howe noch ganz verrückt geworden“, rief John Franklin, der Gärtnereibesitzer, aus und legte die Zeitung beiseite. „Du solltest nicht so hart herzig daherreden, John! Wie kommt du wieder zu diesem Auspruch?“ erwiderte mit leisem Vorwurf die gütige Frau Franklin.
„Hart herzig?! — Hart herzig?! — So, und wie nennst du, daß die Howe seit Jahrzehnten Tag und Nacht bei mir Gemüse und Kartoffeln borgen und ich sie noch niemals mahnde?“
„Ja, doch, ich weiß! Die Leute sind in Not. Aber der Mann verpraßt doch sein Geld nicht. Er arbeitet von früh bis abends, und was er verdient, das...“
„Das steckt er in seine tödliche Erfindung! Der Mann hat den Erfinderehrgeiz! — Eine Nähmaschine will er erfinden! So hör doch auf, Frau! Eine Nähmaschine, also einen Apparat, der das, was sonst die geschickte und feingehandelte Hand des Schneiders oder der Näherin verrichtet, maschinenmäßig tut, aber dabei schneller, genauer und zuverlässiger.“
„Na ja, warum denn nicht? Und daß auf dem Elias Howe gelingt es. Er ist ein geschickter Mechaniker.“
„Ah, meine Beste, vielleicht mal in hundert Jahren gibt's so etwas, aber vorläufig schreiben wir noch das gute Jahr 1844, da nähern wir noch brau mit der Hand.“
„Abermals aber muß man vor Howes Fleiß und Beharrlichkeit den Hut ziehen.“
„Na, das muß man wohl — und vor seinen Schulden auch!“
„Ach doch, John! Die paar Dollar, es sind ja kaum fünfzig oder sechzig, machen uns nicht arm! Aber verrückt darfst du mir den Howe nicht schellen.“
„Da lies selbst, was heute in der Morgenzeitung steht, und du wirst mir recht geben.“ — Lachend gab der sonst so gütige John seiner Frau die Zeitung und tuppte mit dem Finger auf eine große, mit feinem Leinwand gezeichnete Bekanntmachung. Sie las halblaut:
Schmerz! Schmerz! Zufall! Zufall! Erregendes Ereignis! Heute, am 14. Juni 1844, nachmittags 5 Uhr, findet in der Verkaufshalle des Korrelationsbüros Auburn u. Co. in der Woodstraße zu Boston, großes Nähmaschinenfest. Die fünf besten und geschicktesten Näherinnen unserer Firma treten mit der von unserem Mitbürger Elias

Howe erfundenen Nähmaschine in Wettstreit. Jedermann ist eingeladen. Eintrittsgeld wird nicht erhoben.
Frau Franklin sprang auf und eilte davon. —
„Wo willst du hin, Marie?“ rief ihr John nach.
„Zu Frau Howe!“ — Und atemlos, die Zeitung fleißig schwingend, lief die gute Frau die paar Häuser weiter und trat in Howes armselige Wohnung, die einer Wertstatt ähnlicher sah, als einem, wenn auch schlichtem, gemächlichen Heim. — Frau Howe, eine stille, abgehärmte, blasse Frau, ging der Nachbarin entgegen und sagte: „Sie kommen gewiß wegen unserer Schuld, Frau Franklin?“
„Reineswegs! Machen Sie sich ja keine unnütze Sorgen! Hier — sie zeigte auf das Zeitungsbüttel — das wird Sie groß und reich machen! — Ist's wahr oder bloß Papas?“
„Nein, es ist wahr! Kommen Sie, ich will Ihnen das kleine Wunderwerk zeigen, das meinem Manne schlaflose Nächte und uns diese Brotforgen bereitet!“ Sie nahm ein Tuch von dem Tische und da stand ein eigentümliches, aus Eisen, Draht und Blech zusammengefügtes Ding, das ja nun allerdings noch infam wenig Ähnlichkeit hatte mit der jedem Menschen bekannten heutigen Nähmaschine.
„Ach, was für ein komisches Gerippel!“ entfuhr es der Gärtnersfrau; aber Frau Howe lächelte ganz glücklich und sagte: „Ja, eine feste Maschine, aber sie arbeitet gut und peinlich genau. Passen Sie auf: „Des Erfinders Gattin zerschneid ein großes Stück Leinwand, setzte die beiden Fäden zusammen und legte sie unter die Maschine, die sie mit der Hand in Bewegung setzte, und r-r-r-r, ehe Frau Franklin noch recht hingesehen, waren die beiden Stücke in einer blühsauberen, akkuraten Reih' wieder vereinigt.“
„Das ist ja... das ist ja! — Rein, das geht doch nicht mit rechten Dingen zu! Das ist doch Zauberei!“
„Rein, jedes Kind kann es, so leicht ist es!“ — Die Gärtnersfrau unterdrückte die Röh, es war nichts daran auszufehen. Herr Gott, daß hätte doch unsereins eine Viertelstunde gebraucht!“ rief sie, halb verwundert, halb entsetzt aus.
„Das ist ja ein Wunderwerk! Wie ist nur Ihr Mann auf die Idee gekommen?“
„Ach, die hat er schon als junger Mensch gehabt. Obgleich mein Mann ein armer Müllerssohn aus Spencer zu Massachusetts ist, hat er doch als Mechaniker gelernt, und zwar bei Davids...“
„Dem Optiker hier in Boston, der die riesigen Fernrohre baut?“

„Ja, derselbe! Und der hat ihm eines Tages im Späße gesagt: Elias, wenn du einmal über Nacht ein großer Mann werden willst, so erfinde eine Nähmaschine! Und seit dieser Minute hat sich Elias in den Kopf gesetzt, eine solche Maschine zu erfinden. Viel hat er versucht, alles ging fehl. Wir haben geduldet, und wir haben Schanden gemacht. Alle meine Bitten und Vorwürfe halfen nichts, mein Mann war fest überzeugt, daß es ihm noch glücken würde. Da sah er eines Tages, als er zur Reparatur eines Webstuhles geholt wurde, das Webergeschäft hin- und herlaufen. Da kam ihm der Gedanke, das laufende Schiffschen mit der Nadel zu verbinden — und das war die Lösung! Hier sehen Sie sein Werk! Wenn es Glück und Erfolg hat, sind wir gerettet, wenn nicht, sind wir verloren und Georg Fischer, der treue Freund von Elias, dazu.“
„Der Kopfhändler? Wieso?“
„Er ließ meinem Manne fünftausend Dollar und mehr, und ich doch selbst kein Krösus! — Still, da sind die beiden!“
Der geniale Erfinder und Georg Fischer, sein Freund, traten ins Zimmer. Elias Howe sagte heiter zu seiner Frau: „Denke dir, Georg will nicht dulden, daß ich heute nachmittags zum Bettnähen gehe. Er meint, ich würde totgeschlagen.“
„Ja, beste Frau Howe, lassen Sie ihn nicht gehen! Die Schneidergesellen und Näherinnen der Stadt sind ganz rabiat! Sie schreien und lärmen auf den Straßen: Howe mit seiner Nähmaschine will uns brottlos machen! Seine Nähmaschine macht unserer Hände Arbeit entbehrlich und überflüssig. Wir zertrümmern ihm seine Maschine!“
„O Gott! — O Gott!“ stöhnte die arme Frau.
„Keine Sorge, so schlimm wird es nicht sein! Und ich gehe und frage und werde alle Schneider und Näherinnen überzeugen, daß meine Nähmaschine sie nicht um den Lohn ihrer rüchlichen Arbeit bringt, sondern sie ihnen erleichtert und den Lohn vermehrt.“
Und er ging und er segelte! — Fünf geübte und geschickte Näherinnen schlug eine Maschine, d. h. sie leistete dieselbe Arbeit, die die fünf Mädchen zugleich nähten, in kürzerer Zeit. Viele hundert Menschen hielten sich eingekunden und schauten zu. Vor dem Kaufhause rotteten sich die Schneidergesellen und Näherinnen zusammen und bedrohten den Sieger und seine Maschine, aber die zahlreich aufgebotene Polizei brachte ihn sicher in sein Haus zurück.
Nun sei alle Not zu Ende — meint ihr?!
O nein!

vauen. Der Redner wies weiter darauf hin, daß noch schwere Kämpfe zu bestehen seien und richtete das Ersuchen an alle noch Fernstehenden, die Reihen zur Organisation zu schließen, um bessere Verhältnisse und eine bessere Zukunft erkämpfen zu können. In diesem Zuge soll das Jubiläum erneuert werden, daß auch unsere Filiale in Zukunft ein lebendiges Glied in der Kette unseres großen Verbandes sein wird. Die Zeit läßt sich nicht zurückrufen und schreitet unaufhörlich vorwärts. In diesem Sinne schloß der Redner seine Ausführungen, überbrachte die Grüße des Hauptvorstandes und sprach den wackeren Jubilaren nochmals den tiefgefühltesten Dank aus unter dem Wahlspruch: „Bereinzelt seid ihr nichts, vereint alles.“ Lebhafter Beifall folgte.

Hierauf versammelten sich die stattliche Zahl der Jubilare auf der Bühne, wo der Leiter der Filiale im Auftrage des Hauptvorstandes die einzelnen Kolleginnen und Kollegen mit Händedruck begrüßte und den Dank des Verbandes für die mühevollen 25- und 30-jährige Tätigkeit im Dienste der Organisation den Jubilaren aussprach. Ein von einem Berliner Künstler im Holzschnitt hergestelltes überaus wertvolles und prächtiges Diplom, desgleichen eine künstlerisch gearbeitete Vereinsnadel wurde als äußeres Zeichen der Anerkennung den Jubilaren überreicht.

Sichtlich gerührt dankte hierauf unser alter Genosse Doll und der Kollege Russell für die Ehrung und Anerkennung, die ihnen gezollt wurde. Anschließend an den ersten Teil schloß sich ein buntes geselliges Leben im großen und kleinen Saal des Ludwigshauses. Noch manche schöne Erinnerung wurde ausgetauscht und so verbrachte man in heiterster Stimmung den Rest des Abends. Die Harmonie, die an diesem Abend das schönste Band zwischen den Berufsangehörigen knüpfte, soll auch in Zukunft jung und alt im Deutschen Textilarbeiterverband zusammenführen, eingedengt der Worte, die als Transparent über der Bühne leuchteten:

„Bereinzelt seid ihr nichts, vereint alles.“

Deutsche Gerichte verbieten den Streik! *)

Von Rechtsanwalt Dr. Weinland-Gera. (Schluß.)

Ohne den Textilarbeiterverband vorher anzuhören, ja ohne dessen Kenntnis von einem gerichtlichen Verfahren überhaupt, wurde die Gerichtsentscheidung erlassen. Allein auf Grund der Behauptungen der einen Partei, natürlich der Arbeitgeberseite, urteilt das Landgericht Leipzig:

Der Streik ist vom Textilarbeiterverband veranlaßt worden und wird von ihm durch Wort und Tat unterstützt. Dieses Verhalten stellt sich unter den obwaltenden Umständen, die den Streik als ungerechtfertigt erscheinen lassen, als unerlaubte Handlung dar.

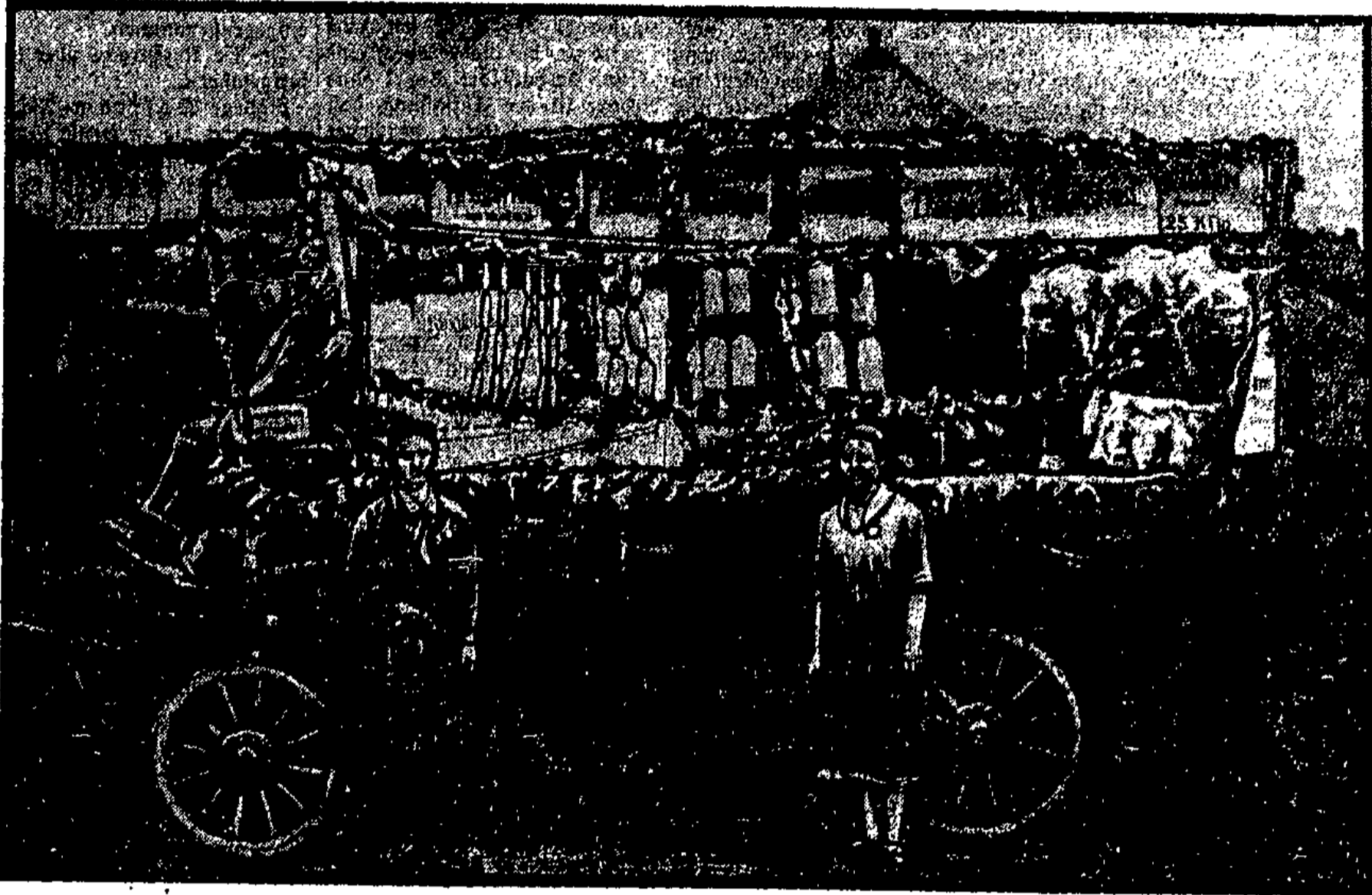
*) Wir entnehmen den Aufsatz der „Ostthüringischen Tribune“.

Also so weit ist es schon gekommen, daß deutsche Gerichte Lohnbewegungen einfach mittels hoher Geld- und Freiheitsstrafen verweigern, indem sie kurzweg entscheiden daß die Lohnansprüche ungerechtfertigt sind. Stügen z. B. die Lebensmittelpreise und erklären die Arbeitnehmer ihre Arbeit nur bei Lohnerhöhungen fortsetzen zu können, so rufen einfach die Arbeitgeber die Gerichte an, die alsdann entscheiden, ob die Lohnerhöhung gerechtfertigt ist, und andernfalls die Arbeiter unter Androhung von schweren Strafen zur Fortsetzung ihrer Arbeit bei den niedrigen Lohnsätzen zwingen. Die Folgen jener Gerichtsentscheidungen sind also überhaupt nicht abzusehen!

Bisher ist der Streik das letzte gewerkschaftliche Mittel für die wirtschaftlich schwächere Arbeitnehmererschaft gewesen, sich gegenüber dem starken Unternehmertum Gehör zu verschaffen. Gerade weil alsdann die Betriebe stillliegen und dadurch der

Unternehmer Einbuße an entgangenem Gewinn hat, ist bisher der Streik die einzige erfolgreiche Waffe in der Hand der Arbeiterschaft gewesen. Viel härter und rücksichtsloser trifft die Kampfweise der Unternehmer die Lohnempfänger, die nur von der Hand in den Mund leben und keine Reserve hinter sich haben. Man denke nur an die rigorosen Aussperrungen gleich von hunderten und mehr Metallarbeitern! Gerade durch solche Massenausperrungen sollen ja rasch die Mittel der Gewerkschaften erschöpft und die ausgesperrten Arbeiter durch Hunger auf die Knie gezwungen werden! Und bei solchem Sachverhalt erklärt das Landgericht zu Leipzig u. a. weiter:

Die Sächsische Wollgarnfabrik, G. m. b. H., in Leipzig W. 31, hat durch eidesstattliche Versicherung des Spinnereidirektors Teltshardt glaubhaft gemacht, daß ihr durch den Streik erhebliche Nachteile drohen (also noch nicht einmal entstanden sind. Der Verfasser.). Unter diesen Umständen ist zur Abwendung wesentlicher Nachteile der Anlaß einer einstweiligen Verfügung gerechtfertigt. Die



Gruppe aus dem Festzug zum 33-jährigen Jubiläum der Bayreuther Ortsgruppe.

Mit keinem Wort die Willenskraft der Wöchnerinnen und deren Kräfte hervorzuheben ohne Maß.

* FRAUENTEIL *

Aufbauende Wöchnerinnen — und die Frauen prüfen — die du mit großer Kraft erworben hast.

Kollegin!

Heute ist Frauenabend. Die Leitung hat für eine Referentin gesorgt. Die einzelnen Kommissionsmitglieder eilen am Tage vorher nochmals von Tür zu Tür, um die Säumigen besonders einzuladen. Man verspricht diesmal ganz bestimmt zu kommen. Glücklicherweise erhalten sie zu haben, gehen die Kolleginnen heim, um ihre Hausfrauenpflichten zu erledigen. Sie sind am festgesetzten Abend selbst pünktlich zur Stelle. Langsam kommen einzelne heran. Ein großer Teil der Eingeladenen fehlt aber, bleibt, wie schon so oft, daheim. Welche Enttäuschung für die immer rührigen Frauen. Kollegin, hast du dir schon einmal überlegt, wie schmerzhaft es für die Frauen ist, ihre aufgewandte Mühe und Zeit so schlecht gelohnt zu sehen? Wie schnell bist du mit einer billigen Ausrede zur Hand!

Die Vorsitzende der Arbeiterinnenkommission bittet die Anwesenden, die Fehlenden zu besuchen, mit ihnen einmal eine gründliche Aussprache herbeizuführen, um die Gründe zu hören, die ihre Abwesenheit rechtfertigen können. Arbeit, wirtschaftliche Notlage schützen die meisten vor. Doch Kollegin, die zwei Stunden retten dich nicht! Sie können dir aber vieles bringen, Schätze, aus denen du besonders in Stunden geistiger Not schöpfen kannst. Da werden z. B. an einem Abend Gedichte von Heine sowie die Weber von Gerhart Hauptmann vorgelesen. Sie werfen Feuerbrände in deine Seele, lassen dich auffauchen, geben dir Kraft, den Kampf zu wagen. Du fühlst dich glücklich, zu hören, wie andere vor dir den Weg zur Befreiung ebnen wollten. Ein anderer Abend wieder bringt dir frohe, heitere Stunden, in denen der Alltag versinkt. Doch auch deiner geistigen Weiterbildung ist gedacht. Vorträge, kurz, bestimmt gehalten, führen dich ein in die soziale Gesehgung, besonders den Arbeiterinnenschutz, zeigen dir die Rechte als Staatsbürgerin, aber auch die Pflichten, helfen dir in Fragen der Kindererziehung und zeigen dir vor allem, daß nur eine geschlossene, starke Organisation in der Lage ist, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Arbeiter und Arbeiterinnen zu schaffen. Vor allem eins werden dir diese Zusammenkünfte geben, das ist das starke Bewußtsein, daß keiner zu schwach ist um helfen zu können, keiner zu gering ist, um an dem großen Befreiungswerke, welches unsere Organisation für die gesamte Arbeiterschaft vollbringen will, mitzuarbeiten.

Jede einzelne Arbeiterin ist verpflichtet, an diesem großen Befreiungskampfe mitzuarbeiten. Dadurch, daß du, liebe Arbeitschwester, den Organisationsarbeiten fern stehst, ist dir sehr vieles verloren gegangen. Eile, das Versäumte nachzuholen! Besuche unsere Arbeiterinnenabende, damit du die Wahrheit des Sages erkennst: „Wissen ist Macht!“

Auf dich kommt es an!

Du sprichst zwar oft: Auf mich kommt es nicht an! Da bist du aber stark im Irrtum. Gewiß geht es auch ohne dich, sogar gegen dich geht die Entwicklung ihren Weg. Stelle dir aber einmal vor, wie gut und rasch alles vorwärts gehen wird, wenn du selbst mit Herz und Hand die Sache förderst! Der Starke sagt: Auf mich kommt es vor allem an! Ich will nicht nur dabei sein, nein, ich will den anderen ein gutes Beispiel geben, wie man handeln muß! An die Spitze will ich mich stellen und ohne Furcht und Scheu den anderen ein

Borbild treuer Pflichterfüllung, solidarischen Handelns geben! Der Mensch ohne Idealismus, ohne Interesse für die großen Entwicklungsschritte ist nur ein armer Tropf.

Mit Stolz mußt du sagen können, ich habe gelebt, weil ich gekämpft habe. Ich war ein rechter Mensch; denn Mensch sein heißt Kämpfen sein! Nur das Tier hat keine höheren Interessen, lebt gleichgültig und stumpfsinnig dahin. Und nicht einmal so interesselos wie viele Menschen sind die Tiere, denn zahlreiche Tiergattungen leben in Gemeinschaft, verteidigen sich gemeinsam und verschaffen sich gemeinsam Nahrung.

Stelle dich mit uns in Reih und Glied, rüttle die Gleichgültigen und Trägen auf, hilf auch du mit, einen geschlossenen Wall gegen jede Unterdrückung zu schaffen.

Wöchnerinnenfürsorge in Braunschweig von den Rechtsparteien abgebaut.

Bekanntlich hatte der braunschweigische Landtag auf Drängen der Sozialdemokraten beschlossen, ab 1. April 1926 versuchsweise erstmalig eine Wöchnerinnenfürsorge für die Textilarbeiterinnen zu schaffen, mit dem Ziel, den Schwangeren vier Wochen vor der Entbindung den Lohnausfall zu decken. Die Regierung wurde ermächtigt, einen Beitrag bis zu 15 000 Mk. dafür zu verwenden. Gegen diesen Beschluß hatte sich die schwarzweissrote Stahlhelmsregierung in Braunschweig mit allen Mitteln gewandt. Um Ausreden waren sie nicht verlegen. Es wurde angeführt: Dazu seien die Länder nicht da. Dies wäre Aufgabe des Reiches. Es sei eine Ungerechtfertigung gegenüber den anderen Berufschichten. . . Auch sei nicht genau festzustellen, ob die vier Wochen vor der Entbindung genau eintreffen, es könnte eine Woche früher oder später werden.

Die Regierung führte den Landtagsbeschluß in der Weise aus, daß jede Schwangere in der Textilindustrie des Freistaates Braunschweig für jeden Kalendertag der vierwöchigen Arbeitspause vor der Entbindung neben dem Wochenlohn ein Geld von 1,50 Mk. erhielt (also auch Sonntags).

In diesem Jahre setzte die Agitation der Unternehmerverbände gegen die Beihilfe ein. Die Stahlhelmsregierung in Braunschweig ist abhängig von diesen Kreisen und der Landtag beschloß, in diesem Jahre den Posten für die Wöchnerinnen zu streichen. Zur Begründung brachten sie dieselben Gründe vor, wie im Vorjahre die Regierung.

Die Rednerin der Rechten, Abg. v. Braun, will aber dafür eintreten, daß das Washingtoner Abkommen bald durch Annahme des Gesetzes über die Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft in Kraft tritt. Das kostet vor allen Dingen nichts. Der gute Anfang mit der Wöchnerinnenfürsorge, den der Freistaat Braunschweig gemacht hat, ist nach einem Jahre auf das Kommando der Textilindustriellen wieder zunichte gemacht. Der jetzige Landtag, wo die Rechte nur einen Sitz über die Hälfte hat, geht im Dezember seinem natürlichen Ende entgegen. In einem halben Jahre wird die Arbeiterschaft Braunschweigs einen anderen Landtag wählen und dann wird im nächsten Jahr die Wöchnerinnenfürsorge in besserer Auflage erscheinen. In dem einen Jahre wurden an 120 Wöchnerinnen 4 x 10,50 Mk. = gleich 42 Mk. gezahlt. Das Geld wurde von der Regierung dem Landesverband Braunschweigischer Krankenkassen zur Auszahlung überwiesen.

von der Wollgarnfabrik vorgeschlagenen Maßregeln erscheinen angemessen und ausreichend (also ganz nach Wunsch der Unternehmer! Der Verfasser.). Da der Fall offenbar (also nur offenbar! Der Verfasser.) dringlich ist, erfolgt die Entscheidung ohne vorgängige mündliche Verhandlung.

Welche „erhebliche Nachteile drohen“ dem nun eigentlich den Fabrikanten? Einzig und allein verzögert der Streik die Abwicklung der Geschäfte des Unternehmers um ein paar Wochen. Seine Gewinne laufen eben etwas später als sonst ein. Daran wird aber nicht gedacht, daß der Unternehmer durch Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft dem Streik ein sofortiges Ende bereiten könnte.

Das Landgericht urteilt weiter, daß der Fall offenbar dringlich sei und daß deshalb die Entscheidung ohne vorgängige mündliche Verhandlung erfolgen müsse. Trotzdem die Auswirkung des Urteils für den Textilarbeiterverband von gewaltiger Bedeutung ist und das Gericht selbst von der Dringlichkeit der gerichtlichen Entscheidung nicht ganz überzeugt zu sein scheint, wird vorher dem Arbeiterverband keine Gelegenheit gegeben sich zu verteidigen und den Streik zu rechtfertigen. So ist die gerichtliche Feststellung entstanden, daß der Textilarbeiterverband eine unerlaubte Handlung begangen habe und unter die höchst zulässige Strafe zu stellen sei!

Interessant ist auch, daß die Unternehmer die Gerichte nicht gegen die Streikenden selbst, sondern gegen die Organisation und deren Führer in Bewegung gesetzt haben. Sie sagen nämlich, daß sie die Arbeiterschaft rascher auf die Knie zwingen, wenn sie zuerst die Organisation unschädlich gemacht haben. Hier tritt deutlich die unhaltbare, rein formaljuristisch begründete Entscheidung der Gerichte hervor: Weil der Textilarbeiterverband seinen Mitgliedern Unterstützung während des Streiks gewährt, wird er mit Strafe bei Fortsetzung seiner selbstverständlichen Pflicht bestraft! Wie rasch ist aber diese Argumentation ad absurdum geführt! Verläßt z. B. ein Angestellter oder Arbeiter seine Stelle und gebe ich ihm Geld, damit er während der ersten Tage nicht verhungert, begehe ich dann eine unerlaubte Handlung? Klagt ein Arbeiter seinen Lohn ein, den er nach seiner Meinung zu recht fordert und schicke ich ihm die Gerichtskosten zur Projektführung vor — begehe ich dann eine unerlaubte Handlung? Doch nicht etwa, weil durch meine Unterstützung der Arbeiter davon bewahrt wird, daß Not und Hunger ihn zwingen, seine Stelle wieder anzutreten und sich den Bedingungen des Brotherrn anzufügen? In diesen dräseligen Beispielen erkennt man deutlich, wie unhaltbar die Argumentation der Gerichte ist!

Im Thüringer Landtag sind vorstehende, unfassbare Gerichtsmassnahmen lebhaft erörtert worden. Freilich kann der Landtag oder die Regierung — natürlich wenn überhaupt der Wille dazu bestünde — diese Gerichtsbeschlüsse nicht aufheben. Die Gerichte sind ja unabhängig! Es fragt sich aber, ob eine Anfechtung der Entscheidung im Prozeßwege, außer in Leipzig auch beim Thüringischen Landgericht in Meiningen, Erfolg versprechen würde. So hat der Thüringer Justizminister selbst erklärt, daß zwar § 152 der Gewerbeordnung das Verbot von Streiks verbünden solle, daß jedoch privatrechtliche Ansprüche gegen den Streik erhoben werden dürften. In der Reichsverfassung sei zwar das Koalitions-, nicht aber das Streikrecht geschützt.

Ganz offensichtlich treten die Widersprüche dieses Versuches einer Begründung zutage. Wozu bestünde Art. 159 der Reichsverfassung, wenn jeder Privatmann solche Grundrechte genießen könnte? Doch immer haben die privatrechtlichen Interessen hinter solchen verfassungsrechtlicher Natur zurückzutreten. Zwar können Privatrechte geltend gemacht werden, aber nur so weit, als dadurch das Streikrecht als solches nicht verletzt wird. Art. 159 bestimmt ausdrücklich:

„Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einzuschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.“

Steht somit fest, daß das Koalitionsrecht verfassungsmäßig garantiert ist, gilt dasselbe für das Streikrecht. Im Koalitionsrecht ist begrifflich auch das Streikrecht eingeschlossen. Was wäre es sonst notwendig, sich zusammenzuschließen und sich zu organisieren? Nach der Reichsverfassung sind aber alle Abreden und Maßnahmen, welche das mit der Koalitionsfreiheit begrifflich verbundene Streikrecht eingeschränkt oder behindert, rechtswidrig. Also sind jene Beschlüsse der Landgerichte Hamburg, Leipzig und Meiningen rechtswidrig erlassen und müssen insgesamt aufgehoben werden. Freilich kann man sich ohne weiteres von den Gerichten erwarten, daß sie sich solchen Obdenkungen erschließen. Haben die Richter doch nur geringe Ahnung von Wirtschaftskämpfen und von der freien Gewerkschaftsbewegung!

Auch hier macht sich der Nachstoß des Kapitals gegen die Arbeiterbewegung bemerkbar. Da die Gerichte nach ihrer Mentalität mehr zu den Unternehmern hinneigen, ist die Gefahr, die der deutschen Arbeiterbewegung aus der vorkommenden Gesetzgebung droht, sehr groß. Diese Gerichte drohen, ungeheuer ernst zu nehmen. Hier kann nur ein Wegweiser gezeigt werden, dieser Gefahr erfolgreich entgegenzuwirken: das ist der noch engere, intensivere Zusammenschluß der Arbeiterbewegung in den freien Gewerkschaften!

Das 'soziale' Dreieckspann.

Vorsitz — Wöglers — Duisberg.

Herr v. Borfig hat dieser Tage wieder einmal die Deffentlichkeit durch einen jener Ausprüche aufgewühlt, an denen die deutsche Sozialgeschichte seit der seligen Herren Bued und Gamm so reich ist. Solche „sozialen“ Herzenserleichterungen erblicken bligartig die Lage und zeigen mit großer Deutlichkeit die soziale Höhe jener Wirtschaftsführer, von deren Gesinnung und Einfluß immerhin viel für die soziale Befriedung und Nichterfüllung überhaupt und die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in besonderer abhängt. Wer hätte jenen Herzogen davon spricht, daß „ohne die Fürsorge zwar vielleicht 50 000 Menschen zugrunde gingen, aber 4000 bis 5000 andere Werte schaffen könnten“, kann niemals eine ehrliche Gemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit wollen. Das ist unmöglich und insofern ist es ganz gut, daß die Herren aus ihrem Herzen zu gewissen Zeiten keine Würdergrube machen. Man weiß wenigstens, daß hinter den sonst menschmal wieder klingenden sozial anmutenden Reden dieser Herren in Wirklichkeit nichts steckt.

Wie diese Männer sozial brutal sind, sieht sie es auch po-fisch. Der Name v. Borfig ist erst vor wenigen Wochen in Verbindung mit der Unterstützung der Hitlerbewegung genannt worden. Herr v. Borfig hat immer den Klugheitsbeutl bei den politischen Parteien für die sozialpolitisch und staatspolitisch feindlichen Parteien geschwungen, und wie er, so haben die zwei anderen heute meist genannten einflussreichsten Führer der deutschen Wirtschaft, Generaldirektor Dr. Wöglers und Geheimrat Dr. Duisburg ihre wahre Denkungsart enthüllt.

Generaldirektor Dr. Wöglers hat erst vor einigen Wochen anlässlich des Geburtstages des Herrn v. Kirdorf seiner brennenden politischen Sehnsucht herzhafte und leidenschaftlichen Ausdruck verliehen, als er die Worte aussprach:

„Es ruhen noch ungeheure Kräfte in uns. Kräfte, die unverfügbar und geheiligt sind, die eines Tages wieder nach oben drängen werden, würden nach der Zeit der Not, des Kummers, der Arbeit und der Sorgen wieder wach werden, wenn der Meister sie ruhe, auf dessen Kommen wir alle hoffen. Wenn dieser Mann kommt, dann gebe ein gütiges Geschick, daß uns wieder Männer erstehen wie Kirdorf.“

Man kann sich un schwer vorstellen, was für ein Meister damit gemeint ist, wenn man sich versichert, daß Wöglers kurz vorher mit Herrn Thyssen in Italien war.

Herr Geheimrat v. Duisburg, der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der I. G. Farbenindustrie hat im Dezember 1926 führend bei der Gründung der „Sozialpolitischen Vereinigung“ mitgewirkt und ausgeführt: daß man auf die Parteipolitik einwirken müsse und daß zur Durchsetzung dieser Gedanken Geld notwendig ist.

„Mit der Vermunft auf die Parteien einzuwirken, habe ich aufgegeben! Alle Schwierigkeiten lassen sich nur überwinden durch eine planmäßige Beeinflussung.“

Nur so im ganzen gesehen kann man sich ein richtiges Bild von der sozialen und politischen Gesinnung dieser einflussreichen Männer der deutschen Wirtschaft machen und erst recht, warum wir zu einem sozialen Frieden und zu einer freigen politischen Arbeit nicht kommen können. Diese Männer, die weder die politische noch die wirtschaftliche Gleichberechtigung wirklich anerkennen, sind im Tiefsten ihres Wesens die schärfsten Gegner der heutigen Verfassung. Das muß man sich bei ihrem Tun und Lassen, bei ihren Reden stets vor Augen halten, denn wenn sie das nicht wären, bräuchten sie sich nicht dieser Methoden zu bedienen. Es muß aber einmal klar ausgesprochen werden, daß, solange diese Männer maßgebenden Einfluß in sozialer Beziehung haben, an eine soziale Erneuerung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit nicht gedacht werden kann, denn Voraussetzung dafür ist wohl zum mindesten das Vorhandensein einer sozialen Gesinnung. Von diesen Männern das anzunehmen, dazu gehört nach diesen Beweisen schon allerhand.

Lubius.

Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages.

(Fortf. v. S. 136.)

Kollege Beder-Langensalza: Der Herauschnitt der Kommunisten sei in Kauf genommen worden. Der Verbandsauschuß sei einseitig sozialistisch eingestellt, der „Textilarbeiter“ ein sozialistisches Blatt. Da die Opposition sehr klein, wünscht er längere Reden.

Kollege Wittig-Moren gibt im Namen der kommunistischen Delegierten Beden, Fisher und Wittig eine längere Erklärung ab, die den angeblich in Kauf reformistisch festgelegten Kurs des Vorstandes bekräftigt und verlangt Änderung der Vorstandspolitik. Da sie die Erklärung vom Blatt abließ, wird sie vom Vorsitzenden unterbrochen und nach des Rednerpost verlassen.



GEG-ZIGARETTEN SIND QUALITÄT ZIGARETTEN
THADMOR und ARBEITERSPORTLER zu 4 Pf.
ZERONTH zu 5 Pf. * Duftig * leicht * mild
Nur zu haben im
KONSUMVEREIN

Kollege G ö r n e r - Chemnitz widerlegt die Angaben Beders betr. Ausschluß eines Mitgliedes in Chemnitz.

Kollege B e d e r - Langensalza übt Kritik an einem Rundschreiben des Kollegen Feinhals, in dem darauf hingewiesen wird, daß Streiks nur mit Zustimmung des Hauptvorstandes beschlossen werden dürfen. Kollege U h l i g - Gelsenau wünscht ein schärferes Eingreifen der Gewerbeaufsichtsämter in der Frage der Ueberarbeit der weiblichen Beschäftigten. Er tritt für eine Anweisung der sächsischen Regierung in der Frage der Bewilligung der Ueberarbeit von Jugendlichen und Frauen bei Schichtwechsel. Im Annaberger Bezirk ist seit zwei Jahren eine Gewerbeaufsichtsbeamtin erkrankt, die bisher durch eine neue Beamtin noch nicht ersetzt wurde und deshalb der Bezirk ohne jedwede notwendige Kontrolle ist. Redner ist der Auffassung, daß auch der Kinderarbeit die notwendige Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Den „Textilarbeiter“ betrachtet er als eines der besten Fachorgane der deutschen Gewerkschaftspresse. Mit seiner Schreibweise und seiner Aufmachung ist er voll und ganz einverstanden. Er wünscht jedoch eine bessere Behandlung der Frage der Arbeitsnachweise.

Kollege H a d e r - Jüssen wünscht, daß im „Textilarbeiter“ leichtverständliche Artikel geschrieben werden.

Kollege P ö h l m a n n - Barmen befaßt sich mit der Frage der Kunstseidenfabriken und der organisatorischen Erfassung der darin Beschäftigten. Er wünscht ein besseres Zusammenarbeiten und Sichverstehen der an der Organisation der darin Beschäftigten beteiligten freien Gewerkschaften. Grenzstreitigkeiten müssen durch gegenseitiges Verhandeln und Entgegenkommen vermieden werden. Er hält es für dringend notwendig, daß der DGB. klare Entscheidungen in dieser Frage in Zukunft treffen muß.

Kollege G r a u p e - Zwidau erkennt die allgemeine Tätigkeit des Vorstandes an, die dem Fortschritt gebietet habe. Der Kampf gegen die R.P.D. sei bei uns in der Organisation überflüssig geworden, da diese in unseren Reihen so gut wie erledigt ist. Das Vertrauen der Kollegentreife untereinander ist gestiegen. Er wünscht, daß auch in Sachen das bisherige Verhältnis ein besseres wäre und zu gegenseitigem Zusammenarbeiten führen möge. Konzernfragen und Lohnpolitik der Unternehmer zwingen die Kollegentreife zu besserem organisatorischen Zusammenschluß. Mit der Ausgestaltung des „Textilarbeiter“, der im letzten Jahre eine gute Entwicklung genommen hat, ist er voll und ganz einverstanden. Er hofft, daß es gelingt, auch in Zukunft auf diesem gut beschrittenen Wege fortzuführen. Ueber die Staatsbejahung wünscht er auf dieser Tagung nicht zu diskutieren. Er betrachtet den heutigen Staat als Klassenstaat, den umgestalten in den unterigen vornehmste Aufgabe sein muß. Um die Arbeiterinnen mehr als bisher an uns zu fesseln, hält er eine bessere Behandlung des Sexualproblems von unserer Seite aus für notwendig.

Kollege G o l d b e c k e r - Eiberfeld behandelt die Jugendfrage, die er als eines der wichtigsten Probleme betrachtet. Er glaubt, durch niedrigen Beitrag die Jugend zu gewinnen. Der Frage des besseren Organisationsverhältnisses der in den Arbeiterportiervereinen tätigen Jugendlichen muß höchste Bedeutung beigemessen werden, ebensowohl müssen auch die Bestrebungen der Werkportiere beobachtet werden. Er wünscht Bereitstellung von größeren Mitteln, um die Jugendlichen an uns zu fesseln.

Kollege S i m o n - Rheine wünscht Unterstützung der Tätigkeit der volkswirtschaftlichen Abteilung durch die Kollegentreife. In die Bestrebungen und Maßnahmen der Konzerne muß nach mehr als bisher hineingeleuchtet werden. An Hand von Zahlenmaterial über Gewinne einzelner Textilmaterien bemerkt er, daß die Klagen der Unternehmer über schlechte Finanzverhältnisse bzw. Gewinne nicht berechtigt sind. Für unsere Lohnbewegungen müssen die Gewinne der Unternehmer Richtschnur sein.

Kollege S c h m i d t - Gera stellt mit Befriedigung fest, daß der Verbandstag Kraft und Fähigkeit genug hat, unsere Ansprüche so zu gestalten, daß sie von wirklich ernster Arbeit zeugt; im Gegensatz zu der Diskussion der Opposition. Die Beitragsfrage und ihre Neuregelung ist das Fundament des Verbandes. Die heutigen Schlichtungsinstanzen sind Verschleppungsanstalten. Unsere ganze Kraft muß in Arbeitsgerichten verwendet werden und in diese nur die besten unserer Kollegen hineingelegt werden.

Kollege D r e s c h e r - Brandenburg wünscht in Zukunft bessere Berichterstattung über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den der Internationale angeschlossenen Ländern, um den Angaben der Unternehmer wirksam begegnen zu können.

Kollege D e c h e n e - Aachen hält den Jugendbeitrag für zu hoch. Er bittet mit Rücksicht auf die christliche Organisation, die auch einen niedrigeren Beitrag erhebt, dieses bei der Neuregelung der Beitragsfrage zu berücksichtigen. Sich für die Ausgeschlossenen ins Zeug zu legen, hält er für überflüssig, da diese es nicht verdienen.

Kollege O b e r l ä n d e r - Mühlhausen spricht zur Jugendfrage. Eine Generalagitation hält er für notwendig, jedoch würde man mit einem 40-Pf.-Beitrag keinen Erfolg haben. Er wünscht mehr Veranstaltungen für die Jugendlichen, Jugendtreffen usw.; denn der Jugendtag in Dresden hat bewiesen, daß damit sehr gute Erfolge erzielt würden. Der „Textilarbeiter“ sei so vollstündlich wie möglich zu gestalten.

Kollege L a n g - Langenbielau: Die Organisation hat zuviel Langmut gegenüber den Zerstörern an den Tag gelegt. Wenn Moskau kein Geld mehr gibt, dann sind diese erledigt. Unser Augenmerk muß auf die sich breitmachende Ueberorganisation in den Arbeiterportierverbänden und dergleichen gerichtet werden.

Kollege G o l d b e c k e r - Eiberfeld wünscht gleichfalls bessere Organisierung der Arbeitersportler. Das Augenmerk muß auch auf die Heranbildung jugendlicher Gewerkschafter gelegt werden.

Kollegin D ö h r i n g - Stuttgart spricht zur Arbeiterinnenfrage. Sie ist der Hoffnung, daß die alte Methode der Hausagitation in Zukunft neue Erfolge bringen wird. Aufmerksamkeit muß auf beschränkte Kolleginnen in unseren Kreisen gelegt werden, um diese in alle Körperschaften hineinzuführen. Schulungskurse in den einzelnen Bezirken sind notwendig. Sie bittet, einer von ihr vorgelegten Entschließung in diesem Sinne zuzustimmen.

Kollege F r i t s c h - Biegnitz unterstützt die Anregung der Vorrednerin. Er begrüßt des weiteren die immerhin gut zu nennende Entwicklung der Finanzfrage, die besonders in Schlesien in Anbetracht der dortigen Verhältnisse beachtenswert ist. Betreffs der Lohnbewegungen kann er feststellen, daß man in den Kollegentreifen mit der Tarif- und Lohnabteilung zufrieden sei. Er tritt für des weiteren einen in Oberschlesien gefällten Schiedspruch, der für Ueberstunden einen fünfprozentigen Lohnzuschlag vorsieht, und bittet, sich dafür einzusetzen, daß derartige Schiedsprüche nicht gefällt werden dürfen.

Kollege L a n g - Langenbielau spricht zur Beitragsfrage. Er erklärt den Gedanken, durch niedrige Beiträge Mitglieder zu gewinnen, für falsch. Er warnt vor Festlegung niedriger Beiträge. Obwohl die Höhe in Schlesien noch niedrig seien, sei es der dortigen Bezirksstelle gelungen, den Beitragsmarkendurchschnitt bedeutend zu steigern.

Dritter Sitzungstag.

Den Vorsitz führt Kollege H ü b s c h. Ein Telegramm des Kollegen Jäckel wird verlesen und mit Dank entgegengenommen.

In der Aussprache über den Geschäftsbericht des Vorstandes wird fortgefahren.

Kollege W o l f r a m - Jschopau beklagt sich über die Arbeiterportierbewegung, die zu wenig gewerkschaftlichen Geist in sich trägt, den zu stärken Aufgabe aller von uns sein muß.

Kollege B o r g g o l d - Leipzig behandelt die Frage der Frauenkommissionen und deren Arbeit in den letztvergangenen Jahren. Sie wünscht auch in Zukunft weiteres Arbeiten im bisherigen Sinne. Ein vom Kollegen D o m i c h - Bengensfeld eingebrachter Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Kollege H ü b s c h verzichtet auf das Schlußwort zu seinem Bericht, da in der Diskussion nichts zum Ausdruck gekommen ist, was ihn zwingen würde, das Wort noch einmal zu ergreifen.

Hierauf nimmt der Kollege D r e s s e l das Schlußwort zu seinem Referat über die Verbandszeitung. Er wendet sich gegen die Ausführungen des Kollegen Haber-Jüssen und bittet um Einsendung von Berichten, die allerdings von allgemeinem Interesse sein müssen und nicht zu umfangreich sein dürfen.

Kollege F e i n h a l s verzichtet auch in Anbetracht der kaum in der Aussprache vorgetragenen Kritik an dem Wirken der Tarifabteilung auf das Schlußwort. Ebenso verzichtet Kollege J e h m s und Kollegin R i t t s c h e auf das Schlußwort.

Kollege C h r i s t i a n S c h r a d e r gibt eine Richtige Stellung in einer Ausschlußangelegenheit.

Kollege R ö b e l dankt in seinen Ausführungen allen Kollegen in den Betrieben und den Verwaltungen für die ihm und seiner Abteilung bei seinen Arbeiten zuteil gewordene Unterstützung. Er richtet an alle Anwesenden den Appell, weiter derart mitzuarbeiten, um in Zukunft erfolgreich auf dem bisher beschrittenen Wege weiter-schreiten zu können. Zum Schluß seiner Ausführungen bittet er alle Anwesenden, bei Bedarf von Büchern, Bureauartikeln und dergleichen unser eigenes Geschäft, die „Textil-Praxis“, zu unterstützen.

Der Antrag des Vertreters des Verbandsausschusses, die vorliegenden Einsprüche gegen die vorgenommenen Ausschüsse zurückzuzweisen, wird gegen 3 Stimmen angenommen.

Nachdem die vorliegenden Anträge zum Geschäftsbericht erledigt sind, schreitet man zur Abstimmung über die vorgelegten Entschließungen. Eine Entschließung des Arbeiterinnensekretariats, die Bestrebungen nach weiterer Verbesserung des Wöchnerinnen- und Schwangerenschutzes fortzusetzen, wird angenommen; des weiteren eine Entschließung derselben Stelle, die besagt, daß die Frage zu prüfen sei, wie die Befreiung der erwerbsfähigen Arbeiterin von der Hausarbeit ermöglicht werde. Eine Entschließung Schmiedl, Reinhold und Genossen, die den Vorstand beauftragt, durch notwendige und ausreichende Schulung der Beisther bei den Arbeitsgerichten die Voraussetzung eines ersprißlichen Wirkens zu schaffen, wird angenommen.

Dem Vorstand in seiner Gesamtheit wird hierauf Ent-lastung erteilt.

Damit ist der Punkt 1 der Tagesordnung erledigt.

Den Bericht der Mandatsprüfungskommission gibt der Kollege W o r m s - Gera. Es sind anwesend 133 Delegierte, davon 13 weibliche. Der Hauptvorstand ist durch 16 Mitglieder vertreten, der Beirat durch 3, der Verbandsauschuß durch 2, das Arbeiterinnensekretariat durch 1 Mitglied. Gauleiter sind 8 anwesend, insgesamt also 166 Delegierte und Verbandsvertreter, davon 19 Kolleginnen.

Der Verbandstag der Textilarbeiter in Hamburg ging am Sonnabend, dem 25. Juni, zu Ende. Die Vorstandswahlen ergaben nachstehendes Resultat:

Hermann Jäckel, Vorsitzender, 132; Karl Schraeder, 1 Stellvertreter, 128; Karl Schüller, 2 Stellvertreter, 130; Otto Jehms, Kassierer, 132; Wilhelm Prillwitz, Kassierer, 132; Josef Feinhals, Sekretär, 129; Hugo Rödel, Sekretär, 131; Else Niwiera, Sekretärin, 111; Josef Lang, 117; Hugo Dressel, Redakteur, 132 Stimmen. Die Vorstehenden gelten als gewählt. Außerdem erhielt die Kollegin Rittsche 34 Stimmen.

Der Kollege Hübisch, der aus dem Verbandsdienst ausschied, wurde vom Verbandstag zum Ehrenvorsitzenden gewählt. Drei kommunistische Delegierte brachten die Geschmadellosigkeit auf, gegen diese Ehrung zu stimmen.

Der Kollege Hübisch dankte dem Verbandstag in bewegten Worten, dem sich der Kollege Reichelt, der ebenfalls aus dem Verbandsdienst ausschied, anschloß. Die neugewählten Vorstandsmitglieder dankten dem Verbandstag für das ihnen entgegengebrachte Vertrauen. Es war eine feierliche Stunde, in welcher von den Kollegen Hübisch und Reichelt der Verbandstag Abschied nahm. (Wir werden in der nächsten Nummer des „T.“ besonders darüber berichten.) Nach Dankesworten des Kollegen Schraeder an ihn für die geleistete ernste Arbeit wird der Verbandstag, nach einem dreifach begeisterten Hoch auf den DGB. und nach Absingen der ersten Strophe von: „Auf Sozialisten schließt die Reihen“, geschlossen.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Sonntag, den 3. Juli, ist der Beitrag für die 26. Woche fällig.

Adressenänderungen.
Gau Dresden. Wittweida. K u. Gesch. J. Lehmann.
Gau Augsburg. Schwaiß. Schützenstr. 31. (Die Meldung im Kassierer ist zu streichen. Alles der letzten Nummer betr. Wittweida war irrtümlich erfolgt.)

Verlag: Carl Günst in Berlin, Bernauer Str. 5/9. — Verantwortlicher Redaktions-Chef: Rudolf in Berlin. — Druck: Berolischer Verlags- und Buchdruckerei-Verlag in Berlin, Unter den Eichen 2. C. 12. Berlin.

Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages.

Erster Sitzungstag.

Am Montag, dem 20. Juni, wurde in Hamburg im Gewerkschaftshaus der 16. Ordentliche Verbandstag des Deutschen Textilarbeiterverbandes durch den Kollegen Hübsch eröffnet. Nach Worten herzlichster Begrüßung der anwesenden Delegierten sowie der zahlreich erschienenen Gäste und Vertreter von Behörden gab er einen kurzen Ueberblick über Hamburgs Gewerkschaftsleben sowie über die Hamburger Arbeiterbewegung überhaupt. Er gab sich der Hoffnung hin, daß allen Delegierten, die gekommen sind, um in ernster Arbeit für die Zukunft des Verbandes neue Richtlinien festzulegen, das Symbol „Hamburg“ vorwärts zu drängen möge.

Als Vertreter des Reichsarbeitsministeriums wünschte Herr Stadtrat Kuntze-Berlin den Verhandlungen besten Erfolg. (Beifall.) Im Namen des Hamburger Senats überbrachte der Senator Herr Dr. Mathäi herzlichste Willkommensgrüße. Er brachte seine Freude darüber zum Ausdruck, daß es Hamburg vergönnt sei, die Delegierten des großen Deutschen Textilarbeiterverbandes begrüßen zu können. Die Gewerkschaften bezeichnete er als die besten Stützen der Arbeitnehmerschaft und verfehlte nicht, darauf hinzuweisen, daß mit der Verwirklichung der Verfassung der deutschen Republik in Hamburg ernst gemacht sei. Für die Tätigkeit unserer Organisation fand er Worte der Anerkennung und hob besonders die Bestrebungen auf Ausbau des Arbeiterinnenschutzes hervor. Menschenökonomie zu treiben, ist das Gebot der Stunde, die die deutsche Republik im engsten Einvernehmen mit den Vertretern der Arbeitnehmerschaft betreiben muß. Am Schlusse seiner Ausführungen wünschte auch er den Verhandlungen besten Erfolg. (Lebhafter Beifall.) Im Namen der Bruderorganisationen Deutsch-Oesterreichs, der Schweiz und der Tschechoslowakei überbrachte Kollege Kascher-Reichenberg (Böhmen), die herzlichsten Grüsse. Er wies darauf hin, daß die Bruderverbände der obenbenannten Länder unseren Verhandlungen die größte Aufmerksamkeit schenkte und sie mit Interesse verfolgte. Gemeinsame Kultur bedingt gemeinsame Wege zu schaffen, um diese zu fördern. „Das Schicksal der reichsdeutschen Textilarbeiterschaft ist auch das unsere“, rief er aus. Die erfolgreiche Arbeit unserer Organisation in der abgelaufenen Geschäftsperiode hervorhebend, wies er darauf hin, daß dies ein deutliches Beispiel sei dafür, daß nicht durch Schlagworte und Phrasen, sondern durch zähes Ringen der Weg zum Erfolg gebahnt werde. Die Gewerkschaften sind ihre eigenen Kulturräger in dem großen Kampf, den wir die Revolution nennen. Mit den Worten: „Die Befreiung der Arbeiterklasse wird und kann nur ihr eigenes Werk sein“, schloß er seine Ausführungen. (Lebhafter Beifall.) Genosse Eggert-Berlin begrüßte den Verbandstag im Namen des Bundesvorstandes des DGB, und wünschte, daß die Verhandlungen des Verbandstages zu neuem Vorwärtsschreiten der Organisation führen mögen. Kollege Zerbe-Polen überbrachte die Grüsse der polnischen Textilarbeiterschaft. Er wies darauf hin, daß der letzte Generalstreik der Textilarbeiter in Polen der Beginn einer neuen Epoche gewesen sei, die zu einem neuen gewerkschaftlichen Aufstieg führte. Auch er betrachtete die Tätigkeit der deutschen Textilarbeiterorganisation als bahnbrechend und richtunggebend.

für seine Landsleute. Beste Wünsche zum guten Gelingen waren seine Schlussworte. (Beifall.) Im Namen von mehr als 200 000 freigestellungsorganisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten heißt der Genosse Ehrent. Hamburg den Verbandstag willkommen. In eingehenden Ausführungen legte er die Entwicklung der hamburgischen Arbeiterkraft im Laufe der Jahrzehnte dar und konnte die freudige Mitteilung machen, daß nach der Periode der Krise, von der die Gewerkschaften im allgemeinen in der Zeit nach der Inflation befallen wurden, eine neue Aufwärtsbewegung eingetreten sei. Er brachte am Schlusse seiner Ausführungen zum Ausdruck, daß es die Hoffnung der Hamburger Arbeiterkraft sei, die Verhandlungen mögen Schaffung von neuen und brauchbaren Waffen zeitigen. (Lebhafter Beifall.) Herzlichst begrüßt bei dieser Gelegenheit Kollege Schaw-London aus Rednerpult. Er machte seine Ausführungen in deutscher Sprache, so daß es jedem einzelnen Delegierten vergönnt war, ihm zu folgen. Große Freude war es ihm, unseren Verbandstag im Namen der Textilarbeiter-Internationale begrüßen zu können. Seit langen Jahren sei der

Deutsche Textilarbeiterverband einer der besten Mitglieder der Internationale.

die die Interessen der Textilarbeiter zu vertreten habe. Keine Industrie ist so international wie die unsrige, und dies sich immer vor Augen zu halten, ist von großem Wert, führte er aus. Da die Textilarbeiterschaft der ganzen Welt in ihren Lebensverhältnissen untereinander abhängig ist, ist straffe internationale Organisation der Arbeiterschaft notwendig. Schwierige Tage liegen hinter uns, an denen es schien, als ob alle internationalen Verbindungen für alle Zukunft abgebrochen sein sollten. Doch dienen schwierigen Tagen folgt endlich in neuerer Zeit neuer Sonnenschein. Neue Staaten sind in Europa im Verfolg des großen, blutigen Krieges entstanden, die alle, um sich zu erhalten, glauben, Zöllmäuern schaffen zu müssen, die für sie ein eigenes Gefängnis geworden sind, in dem sie jetzt sitzen. (Lebhafte Zustimmung.) Doch aus all dem Zerbild Europas heraus ragt die lebendige Idee der Brüderlichkeit aller Schaffenden. Gemeinsame Interessen des Proletariats in allen Ländern sind es, die uns bewegen, für alle Zukunft neuen Krieg zu verneinen. Die Reaktion mit ihren Bestrebungen wird zu ihrem eigenen Selbstmord. Die Bewegung der Arbeiterschaft läßt sich nicht töten, der Sieg wird der Arbeiterschaft am Ende doch bleiben. Mit den Worten: „Im Sinne der Brüderlichkeit begrüße ich Sie nochmals herzlichst und es lebe der Deutsche Textilarbeiterverband,“ schloß er. (Lebhafter Beifall wurde dem Kollegen Schaw als Dank für seine Ausführungen zuteil.)

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen verliest der Vorsitzende Kollege Hübsch ein Begrüßungstelegramm der schwedischen Bruderorganisation. Arbeitsüberhäufung machen die persönliche Anwesenheit eines der schwedischen Kollegen unmöglich.

Auf Vorschlag des Kollegen Reinhold-Greif werden zur Ergänzung des Bureaus die Kollegen Bennenwig-Ithalheim, Hader-Füssen, Ruhnert-Berlin, Goldbecker-Elberfeld sowie die Kolleginnen Breunlich-Greiz und Borggold-Leipzig einstimmig gewählt. Ebenso wird der Vorschlag Reinhold's, die Mandatsprüfungskommission mit dem Kollegen Dahmann-

Neumünster, Gerlach-Hersfeld, Gebauer-Langenbleau, Hofheld-Neugersdorf, Worms-Gera sowie die Kolleginnen Haberkorn-Chemnitz und Frig-Stuttgart zu be setzen, einstimmig angenommen.

Die gedruckt vorliegende Geschäftsordnung wird einstimmig angenommen und die Tagungszeit von 9-11 Uhr und 2-5 Uhr festgesetzt. Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Kollege Hübsch-Berlin ergreift zu Punkt 1 der Tagesordnung: Allgemeinbericht des Vorstandes, das Wort. Er weist darauf hin, daß der Weg, der in Kassel beschritten wurde,

Die Organisation nach Zeiten schwerer innerer Streikigkeiten zur neuen Aufwärtsentwicklung

gebracht habe. Waren auch die ersten Monate nach Durchdringen von den Wirren des gegenseitigen Bekämpfens, so ist es aber doch bald gelungen, eine Reinigung herbeizuführen, die zum Segen für die Organisation und damit zum Wohle für die gesamte deutsche Textilarbeiterschaft ausgeschlagen ist. Der Vorstand hat von den Rechten, die ihm in Kassel auf Grund der ganzen Verhältnisse gegeben wurden und gegeben werden mußten, nur mäßig Gebrauch gemacht. Er hat damit keinen Mißbrauch getrieben, sondern nur eingegriffen, wenn zwingende Notwendigkeiten dazu vorlagen. Um dem ganzen Geschrei der sogenannten Opposition die Spitze abzubrechen, gab er bekannt, daß in der ganzen Geschäftsperiode, d. h. also in den drei Jahren, 147 Personen aus dem Verbande ausgeschlossen wurden. Die Aufwärtsbewegung in der Organisation wäre zweifellos eine größere gewesen, wenn nicht die ungeheuren Arbeitsmarktlücken diese gehemmt hätten. Angesichts der Verhältnisse können wir mit der Gestaltung der Dinge zufrieden sein. Erfreulich ist auch, feststellen zu können, daß die Beitragsleistung heute eine weit bessere ist, als wie sie es vor Jahren war. Die Bemühungen unserer Ortsverwaltungen waren also von Erfolg gekrönt. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen kam er im allgemeinen auch auf die

Anträge

zu sprechen, die dem Verbandstag zur Beschlußfassung vorliegen. Er konnte bei einigen davon eine gewisse Seelenverwandtschaft feststellen, die vom Niedstrand bis zur böhmischen Grenze ging. Er machte dem Verbandstag die Mitteilung, daß

eine Ortsverwaltung mit 23 Mitgliedern 22 Anträge

gestellt habe, die alle in einer bestimmten Richtung liegen und die auch zum Teil von anderen Ortsgruppen eingebracht wurden. Diese Seelenharmonie muß eine Mittelsperson haben, rief er aus, denn ein Teil dieser Anträge wurde ihm fertig gebracht, mit der Schere bearbeitet, eingeschickt.

Als eine der schlimmsten Situationen während seiner 36jährigen Verbandstätigkeit als Vorsitzender des Verbandes bezeichnete er die Affäre des ausgeschlossenen früheren Vorstandsmitgliedes Schulze. Das Verhalten dieses Schultze gegenüber der Organisation bezeichnete er als verräterisch und brachte zum Ausdruck, daß der Vorstand in dieser Angelegenheit schnell und gerecht gehandelt habe. (Allgemeine Zustimmung.)

Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen kam er auf die Agitation

in unserem Verband zu sprechen. In dieser Hinsicht hat der Vorstand neue Mittel und Wege gefunden, um zu ermöglichen, daß der Organisation neue Kämpfer zugeführt werden. Neben dem alten Mittel der Haus- und Betriebsagitation, zu dem man in verstärktem Maße zurückgriff, wurde der Film in den Dienst unserer Werbepropaganda gestellt.

Die Bildungsarbeit

in der Organisation hat auch in der vergangenen Berichtsperiode weitere Fortschritte gemacht. Verschiedenen Funktionären wurde Gelegenheit gegeben, Bildungsinstitute zu besuchen, so u. a. die Wirtschaftsschule in Düsseldorf, die Wirtschaftsschule in Berlin, die Volkshochschule in Tinz und die Arbeiterakademie in Frankfurt a. M. Das von den dorthin geschickten Funktionären erworbene Wissen ist nützlich für die Organisation angewandt worden. Außerdem hat die Verbandsleitung einen Kursus für Geschäftsführer in Berlin abgehalten, der alle Fragen, die einen Angestellten berühren und mit denen er vertraut sein muß, behandelte.

Nach einem kurzem Bericht über die

Tätigkeit des Rates,

wobei er bat, einen vorliegenden Antrag auf Abschaffung des Rates abzulehnen, kam er auf die Verhältnisse in Sachsen und zu den diesbezüglichen Anträgen betr. Ausschluß der Kollegen, die in der DGBS. politisch organisiert sind, zu sprechen. Soweit sie in der Organisation ihre Pflicht erfüllen, kann man sie nicht von ihren Posten entfernen bzw. aus der Organisation ausschließen. Denn wenn man einseitig nach dieser Richtung hin vorgehen wollte, so müßte man auch andererseits nach den anderen Richtungen hin schärfere Maßnahmen ergreifen. Der Verband ist keine sozialdemokratische Parteiorganisation, sondern muß sich in seinen Handlungen vom

rein gewerkschaftlichen Standpunkt

leiten lassen. Es wäre von uns ein Unrecht gewesen, wenn der Vorstand dem gestellten Ersuchen nachgegeben wäre, und wird er diesem auch in Zukunft nicht nachkommen können. Er bittet, die Beweggründe des Vorstandes verstehen zu lernen, um das in einigen Kollegentreifen in dieser Hinsicht noch gehetzte Mißtrauen dem Vorstand gegenüber zu beseitigen und das gegenseitige Vertrauen zu stärken. (Lebhafter Beifall)

Den Kassenbericht

erstattete der Kollege Jähms. Aus seinem Bericht ging hervor, daß die Kassenverhältnisse nicht allzu günstig stehen. Pro Kopf der Mitglieder wurden im Jahre 1924 durchschnittlich 9,86 Mk. eingenommen, 1925 17,34 Mk. und 1926 15,91 Mk. Für das Jahr 1924 ist zu berücksichtigen, daß nach der Zeit der Inflation bei Uebertragung zur festen Währung anfangs nur sehr niedrige Beiträge geleistet wurden. Der Durchschnittsbeitrag im ersten Quartal 1924 betrug ganze 2 Pf. Im vierten Quartal stieg er bis auf 36 Pf. an. Der Durchschnitt der Beitragsleistung pro Kopf in den einzelnen Jahren ist natürlich durch die Konjunktur und die Verhältnisse in der Industrie stark beeinflusst worden. 1924 war schon ein Krisenjahr, 1925 war die Beschäftigung in der Industrie stabil, 1926 war ein Jahr der schlimmsten Wirtschaftskrisis. Der Durch-

schnittswert der Beitragsmarken betrug im Jahre 1925 gleich 43 Pf. und hat sich auf 50 Pf. im Jahre 1926 erhöht. Mit den jetzigen Durchschnittsbeträgen kann den Anforderungen, die an den Verband in bezug auf Lohnbewegungen gestellt werden, nicht Genüge geleistet werden. Schon deshalb muß man darauf dringen, die Durchschnittsbeitragsleistung noch ganz erheblich zu verbessern.

Zu den Ausgaben bemerkt Kollege Jähms, daß wir um so höhere Unterstüßungen auszahlen mußten, je niedriger die Beitragsleistung wurde. Dabei muß der Verband natürlich auf den Hund kommen. Im Jahre 1924 haben wir für Erwerbslosenunterstützung 385 702 Mk. ausgegeben. Im Jahre 1925 aber schon 725 086 und 1926 1 434 458 Mk. Zählt man dazu noch die Sterbeunterstützung, Umzugs-, Notunterstützung und die internationalen Beiträge, so kommt für das Jahr 1926 eine Ausgabe von 1 528 689 Mk. heraus. Wir haben damit für das ganze Unterstüßungswesen für das Jahr 1926 fünfmal mehr ausgegeben als 1924. Die erhöhten Anforderungen an die Verbandskasse müssen dadurch paralisieren werden, daß alle Anträge, die auf eine Erhöhung der Unterstüßung hinauszugehen, von dem Verbandstag abgelehnt werden, und auf der anderen Seite der Antrag des Rates auf Erhöhung der Beiträge angenommen werden muß, damit der Verbandskasse in Zukunft größere Mittel zugeführt werden. Beherzigen Sie, daß wir zu einer höheren Beitragsleistung kommen müssen, aber die Unterstüßungen, insbesondere die Erwerbslosenunterstützung, nicht weiter ausbauen können. Sorgen Sie für eine finanzielle Stärkung des Verbandes, damit er die Arbeitgeber mit Erfolg bekämpfen kann. (Lebhafter Beifall.)

Kollege Jähms berichtet über die

Lohnbewegung.

Die Inflation habe die Organisation schwer getroffen. Trotzdem sei es möglich gewesen, in den Berichtsjahren 1360 Lohnbewegungen mit 4 617 650 Personen durchzuführen. Davon waren 100 Angriffsstreiks, 38 Abwehrstreiks und 37 Aussperrungen. 1923 bestanden 321 Tarifverträge, 1926 dagegen nur noch 143. An Stelle der lokalen Verträge sind Bezirkstarife getreten. Aus diesen heraus erklärt sich der Rückgang der Zahlen über abgeschlossene Tarifverträge.

Die Zahl der unter den Tarifverträgen Arbeitenden ist gestiegen.

Der Erfolg der Gewerkschaften ist mit der Stärke der Organisationen eng verknüpft. Der Mitgliederzuwachs hat deshalb notwendigerweise eine Verschlechterung der Lohnbedingungen zur Folge gehabt. Es sei charakteristisch, daß gerade in der Zeit, in welcher die Textilarbeiterschaft sich von dem Verband in stärkerem Maße abwandte, die Organisationen der Unternehmer immer stärker geworden seien. Die Unternehmer versuchten in der Krise die Löhne zu kürzen und die Manteltarifbestimmungen zu verschlechtern, so u. a. auch in der Umlaufstraße. Allenfalls gelang es uns, die von den Unternehmern geplanten Verschlechterungen sowohl der Lohnsätze wie auch der Manteltarifbestimmungen der Tarifverträge zu verhindern. Leider gelang es uns in Schlessen nur teilweise, eine Urlaubsverschlechterung zu verhindern. Nach Schebung der Krise haben wir auf der ganzen Linie Lohnkämpfe mit gutem Erfolg durchgeführt. Einer der schwierigsten Kämpfe, der vom Verband geführt worden ist, war der

Kampf gegen die Norddeutsche Wollkammer.

Der Konzern habe 16 Betriebe in Deutschland und einen der größten Betriebe in der Tschechoslowakei. Feinhals gibt eine Schilderung über die Ursache des Kampfes, die aus dem sogenannten „verfeinerten“ Prämienystem, welches Dr. Horst in den Betrieben eingeführt habe, entstanden sei. Der Konzern habe versucht, den Kampf dadurch zu verhindern, indem er die Gerichte anrief, um vorläufige Verfügungen nur zu erreichen, die das Streikrecht aufhoben. Tatsächlich haben sich in Deutschland und Gerichte gefunden, die dem brutalen und rücksichtslosen Dr. Horst, dessen Persönlichkeit mehr in die Zeit des Mittelalters als in die Gegenwart gepaßt hätte, zu Willen waren. In Leipzig ist die Haltung des Gerichts, die die vorläufige Verfügung aussprach, durch das Landgericht wieder aufgehoben worden. Zweifellos wirkten die vorläufigen Verfügungen ungünstig auf den Kampf ein. Er schilderte das Vorgehen des Hamburger Landgerichts und führte aus, daß sich leichter Berge versehen lassen, ehe man die Hamburger Richter zu der Ueberzeugung bringen kann, daß bisher ihre Stellung falsch ist.

Gegen Frauböse seien in fünf Fällen Strafanträge vom dem Wollkonzern gestellt worden. In drei Fällen sind die Klagen abgewiesen worden, zwei Anträge laufen heute noch. Frauböse soll bestraft werden, weil er an Streikende Essenmarken verteilt hat. Diefelben Kreise, die während des Krieges sich heiser geschrien haben „Gott strafe England“, weil es Deutschland auszubungern versuchte, wollen einen Deutschen bestrafen, weil er einigen hungernden Streikenden eine Essenmarken gegeben hat.

Die Frage, ob die gelben Werkvereine als Tarifkontrahenten in Betracht kommen können, sei durch den Kampf der Norddeutschen Wollkammer akut geworden. Der Reichsarbeitsminister steht auf dem Standpunkt, daß

die gelben Werkvereine nicht tariffähig

sind, weil dieselben von den Unternehmern geschaffene Gebilde darstellen. Feinhals geht hier zur Besprechung der Anträge über und betont u. a., daß abgeschlossene Tarifverträge unter allen Umständen eingehalten werden müssen. Es empfiehlt sich aber, in Zukunft noch Ausführungsbestimmungen zu schaffen, weil die Manteltarifbestimmungen und auch die Tarifverträge inhaltlich oft unklar sind. Klarheit sei notwendig. Es müsse dies schon deshalb geschehen, um Prozesse und Streikfragen auf ein Minimum herabzudrücken. Er glaubt nicht, daß durch die Arbeitsgerichte die gewerbliche Rechtsprechung eine bessere wird. Zur Arbeitszeitfrage führt er aus, daß die Arbeitszeitnotverordnung ein Produkt eines Gesetzgebers seien, der sich nicht trau, etwas Positives zu schaffen. Der § 1 legt die 48-Stunden-Woche fest, und es habe ein Paragraph nach dem anderen diese Regelbestimmung auf. Die Anzeigeverbesserung, die durch das Arbeitszeitgesetz geschaffen sei, sei die Festlegung der Vergütung für Ueberarbeit. Feinhals verliest hierauf die Eingabe an den Reichsarbeitsminister, die bereits in Nr. 25 des „Textilarbeiter“ abgedruckt war. Die Eingabe habe sich deshalb notwendig gemacht, um dem Reichsarbeitsminister zu zeigen, wie die einzelnen Beamten das Arbeitszeitgesetz sabotieren. Wie einzelne Beamte geradezu

Sabotage gegen die Sozialgesetzgebung, zeigt folgender fast ungläublicher Fall.

Von Wiesefeld, wo Verhandlungen über die Arbeitszeit gescheitert waren, erhielten wir unter dem 27. Mai folgende Mitteilung:

„Die Schlichter haben ja vom Arbeitsministerium Anweisungen erhalten, wie sie sich in diesbezüglichen Fragen einstellen sollen, und haben sie die Schlichtungsausschussvorsitzenden zusammenzuerufen und denen ebenfalls diesbezügliche Instruktionen gegeben. Generell sollen und wollen sie, wenn sie angerufen werden, unter 25 Proz. bleiben. Diese Taktik hat der hiesige Vorsitzende des Schlichtungsausschusses ausgeplaudert.“

Uns erschien diese Mitteilung doch kaum glaublich. Deshalb verlangten wir genauere Angaben. Unter dem 14. Juni berichtete unser Gewährsmann:

„In der Verhandlung des Schlichtungsausschusses vom 24. Mai 1927 hat im Laufe der Debatte der Vorsitzende erklärt, daß die Schlichter und Schlichtungsausschussvorsitzenden nach Inkrafttreten des Gesetzes zusammenzuerufen seien und sich über den Zuschlag für Mehrarbeit unterhalten haben. Dabei sei zum Ausdruck gebracht, daß, wenn die Schlichtungsausschüsse und die Schlichter in dieser Frage angerufen würden, sie unter allen Umständen unter dem Satz von 25 Proz. entscheiden sollten.“

Ferner hat derselbe Herr Dr. Tiede in der Schlichtungsausschussverhandlung in dem Tariflohn- und Mehrarbeitsgesetz der Firma Salomonson in Wiesefeld (Nohproduktverhandlung) am 25. Mai, in welcher Feinbals persönlich als Beisitzer fungierte, ebenfalls erklärt, daß im Schlichtungsverfahren laut Vereinbarung dieser Instanz unter 25 Proz. entschieden werden solle, da die besonderen Umstände berücksichtigt werden müßten (laut Ziffer 2 des § 6a der neuen Verordnung). Er sagte mir persönlich direkt, wenn Sie zum Schlichter gehen, bekommen Sie den hier von ihm festgesetzten Prozentsatz nicht einmal. Auf die Frage, ob diesbezügliche Anweisungen vom Arbeitsministerium ergangen seien, antwortete er: „Darüber kann ich keine Auskunft erteilen.“

Kann uns erreicht der arnweisende Herr Vertreter des Reichsarbeitsministeriums über diesen unerhörten Vorgang Aufschluß geben?

Im weiteren stellte Feinbals noch fest, daß in den Betrieben, wo der Betriebsrat gut arbeitet, die Überstunden wesentlich herabgedrückt seien. Er hofft, daß in Zukunft die Funktionen in der bisherigen Weise mit dem Vorstand arbeiten und Vertrauen gegen Vertrauen setzen, dann kommen wir aufwärts und vorwärts. (Lebhafte Beifall.)

Den Bericht über die Abteilungen

Volkswirtschaft, Statistik und Jugend

erstattet der Kollege Rödel, Berlin. Er verweist darauf, daß oftmals in diesen Abteilungen eine Fülle von Arbeit vorgelegen habe, die zu meistern oft schwierig gewesen sei. Wenn die Arbeit trotzdem geleistet worden sei, so war dies nur mit Hilfe einer Anzahl von tüchtigen Mitarbeitern im Hauptbüro möglich, die selbstloser Weise ihre Tätigkeit ausübten.

Auf die

Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit

im Verbandsgebiet eingehend, wies er auf die Uebersicht im gedruckten vorliegenden Jahresbericht. Die Arbeitslosenziffern seien zwar mit einer gewissen Vorsicht zu verwenden, sie zeigen aber dennoch, in welcher ungeheurem Ausmaß im letzten Jahre die Textilindustrie noch keine Produktionsstatistik haben. Zurzeit sind die Verhältnisse so gelagert, daß man von Hochkonjunktur in der Textilindustrie sprechen kann, was jedoch nicht ausschließt, daß trotz alledem eine ganze Anzahl unserer Mitglieder beschäftigungslos herumlaufen. Die Rationalisierung, die in den Betrieben in den letzten Jahren durchgeführt wurde, und das unverständliche Vorgehen der Unternehmer in der Frage der Arbeitszeit lassen eine vollständige Beseitigung der Arbeitslosigkeit nicht eintreten. Dazu kommt noch, daß der vielfache Wohnungsmangel, der in Deutschland herrscht, auf der einen Seite eine Anzahl Arbeitsloser beläßt, auf der anderen Seite jedoch Mangel an Facharbeitern besteht. Im übrigen kommt Redner zu der Ueberszeugung, daß auch die Zahlen der amtlichen Stellen über die Arbeitslosen nicht stimmend sind. Die Unternehmer z. B. haben auch alles Interesse daran, die Arbeitslosenzahlen so hoch wie möglich erscheinen zu lassen und wir müssen deshalb das größte Gewicht darauf legen, einwandfrei festzustellen, wie die Dinge sich im Laufe der Zeit gestalten. Die Stilllegungsmut der deutschen Unternehmer hat oft dazu beigetragen, die Zahl der Arbeitslosen künstlich zu erhöhen. Ein entsprechendes Beispiel dafür ist die Stilllegung des Hutspinnereibetriebes in Baugen, wo die Arbeiter bereits 1 1/2 Jahre, Tausend an der Zahl, auf der Straße stehen. Derartige Fälle benützen die Unternehmer oft, um bei Lohnverhandlungen dem Schlichter gegenüber zu beweisen, wie schlecht es in der deutschen Industrie steht, wogegen in Wirklichkeit die Verhältnisse doch ganz anders gelagert sind.

Der

Wirtschaftsdienst

der von unserer Organisation eingerichtet worden ist und allwöchentlich erscheint, hat den Zweck, unsere Funktionäre in kurz gefasster Darstellung von den wichtigsten Vorgängen auf wirtschaftlichem Gebiete zu orientieren. Die Kursgestaltung der Aktiengesellschaften war im Laufe des Jahres 1926 trotz der großen Krise eine recht günstige. Dieses läßt auf alles andere schließen, als auf einen Verlust an Substanz, wie die Unternehmer so oft behaupten. Redner gibt in dieser Angelegenheit Beispiele bekannt und verweist auch auf das gedruckte vorliegende Jahrbuch.

Die Abteilung

Volkswirtschaft

führt eine genaue Kartothek sämtlicher Aktiengesellschaften in der Textilindustrie. Die mit der Organisation schon wertvolle Dienste geleistet hat. Er hebt dabei hervor, daß es besonders der Kollege Rödel gewesen sei, der den Grundstein für viele dieser Dinge gelegt habe. Redner geht dann auf die Zusammenschlußbestrebungen und ihre Kapitalkonzentrationen ein, die uns unter dem Namen Kartelle und auch Syndikate bekannt sind. Ein besonderer Typ eines solchen Syndikats ist die Interessengemeinschaft deutscher Juteindustrieller in Berlin, die eigenmächtig im Jahre 1926 über eine 50prozentige Produktionsbeschränkung verfügte und somit zum Regler des ganzen Geschäftsganges und auch zum Preisgestalter wurde. Vergessen wir hierbei auch nicht die Zusammenschlüsse in anderer Form, nämlich die Konzerne, deren Vorgehen der Arbeiterchaft gegenüber gerade wir in der Textilindustrie beim letzten Kampf in den N.W.- und R.-Betrieben gespürt haben. In der Textilindustrie gibt es nach Angaben des Reichswirtschaftsministeriums an 26 Konzerne. Man hat versucht, von Regierungsseiten aus Auswüchse und Mißbräuche dieser Zusammenhaltungen des Kapitals zu begegnen. Durch Schaffung eines Kartellgerichts und einer Kartellverordnung sollte dieses Ziel erreicht werden. Es ist aber bisher von keinerlei Erfolg gekrönt worden. Es liegt sogar die Vermutung nahe, daß die letzten Ereignisse an der Börse von diesen gewaltigen Konzernen mit demachtigt worden sind, um sich billig in den Besitz geeigneter und erwünschter Aktienpakete sehen zu können.

Welchen Einfluß solche Fusionen ausüben können, geht daraus hervor, daß Vertreter dieser Unternehmungen in den Ausschüssen anderer Unternehmungen sitzen. Redner führte dabei Beispiele an, aus denen hervorging, daß einzelne Personen bis zu 30 und noch mehrmals in Ausschüssen vertreten sind. Auf den in neuerer Zeit von der Reichsregierung eingeführten Enqueteauschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Abgabbedingungen der deutschen Wirtschaft eingehend, bemerkt der Redner, daß wir nichts unversucht lassen werden, um von unserer Seite aus in die Dinge hineinzuleuchten und zu erreichen versuchen werden, daß dieser zweite Enqueteauschuß bessere Resultate zeitigt, als wie dies beim ersten der Fall war.

Redner streift dann kurz die Tätigkeit der sozialpolitischen Abteilung,

in der besonders die Bestrebungen für den Schutz der Schwangeren und Wöchnerinnen einen größeren Raum einnehmen. Diese Frage selbst wird in einem besonderen Referat von der Leiterin des Arbeiterinnen-Sekretariats behandelt. Die Gewerbeaufsicht muß mehr als bisher ihr Augenmerk auf die Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und von Frauen in Nachtschicht lenken. Sehr zahlreich sind die Fälle, wo Frauen in Schichtarbeit über 10 Uhr abends hinaus beschäftigt werden, was in Zukunft verhindert werden muß.

Die Abteilung mußte Stellung nehmen zum neuen Arbeitszeitgesetz, des weiteren zur Frage der Erwerbslosenfürsorge oder Arbeitslosenversicherung. Zu letzterem wurden umfangreiche Eingaben an das Reichsarbeitsministerium gerichtet, die wohl ihr Teil dazu beigetragen haben, Verbesserungen auf diesem Gebiete herbeizuführen.

Der Frage der

Betriebsräte

hat auch der Vorstand in seiner vergangenen Geschäftsperiode sein größtes Augenmerk zugewandt. Zur Schulung unserer Betriebsräte sind die „Merktblätter“ wieder herausgegeben worden, die allmonatlich erscheinen und unseren betriebstätigen Kollegen bei ihren Arbeiten gute Dienste leisten.

Der

Rechtschutz

innerhalb unserer Organisation ist mit der Betriebsräteabteilung verbunden und hat in der letzten vergangenen Periode eine große Anzahl Rechtschutzfälle erledigt, die in der Mehrzahl mit Erfolg beigelegt werden konnten. Wenn in letzter Zeit in der Einrichtung der Betriebsräte selbst weitere Fortschritte nicht gemacht werden konnten, so liegt es nach unserer Ansicht an dem mangelnden Schutz der Betriebsräte. Es ist deshalb die Frage aufzuwerfen, ob es nicht möglich ist, in absehbarer Zeit in die Tarifverträge einen besseren Schutz für die Betriebsräte hineinzubringen. Zur Schulung der Betriebsräte hat in der Berichtsperiode in Görlitz ein Betriebsräte-Kongress und in Leipzig eine Konferenz der Arbeiteraufsichtsräte und der freigestellten Betriebsräte stattgefunden. Ueber die Verhandlungen selbst sind Protokolle erschienen.

Die

Jugendorganisation

und die Lichtbilder- und Filminrichtungen behandelte er am Schluß seiner Ausführungen und gab sich der Hoffnung hin, daß die vorhandenen Ansätze in den nächsten Jahren ausgebaut werden können. Besonderes Augenmerk ist darauf zu richten, daß die Jugend nicht allein an die Sportvereine gefesselt, sondern daß sie auch von dem gewerkschaftlichen Gedanken durchdrungen wird. Das Lichtbild- und Filmwesen ist eines der wesentlichsten Agitations- und Bildungsmittel, zu dem man mehr und mehr in allen Korporationen übergeht, und das auch wir ausbauen werden.

Als Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes in der Textilarbeiter-Internationale

gibt Kollege Rödel einen kurzen Bericht über die Arbeit unserer Internationale. Der Deutsche Textilarbeiterverband wird in Zukunft alles tun, was in seinen Kräften steht, um die Internationale aufrechtzuerhalten und damit den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf jedem Gebiet erfolgreicher gestalten zu können. (Lebhafte Beifall.)

Zweiter Sitzungstag

Kollege Schröder führt den Vorsitz. Kollege Becker-Langensolka glaubt, im Rahmen der Geschäftsordnung eine Entschließung für die Freilassung politischer Gefangener einbringen und einen Artikel der kommunistischen Zeitung über den Streik in den N.W.- und R.-Betrieben verlesen zu können. Er wird vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß das im Rahmen der Geschäftsordnung nicht zugelassen werden könne.

Hierauf erstattet den Bericht der Redaktion der Kollege Drefsel als Redakteur. Die Stellung der Redaktion innerhalb des Verbandes ist seit der letzten Generalversammlung in Kassel eine andere wie zuvor. Da der Redakteur jetzt Vorstandsmittglied ist, trägt die Verantwortung für die Redaktion der gesamte Vorstand. Ob eine Aenderung dieses Zustandes nötig war, darüber soll sich nicht äußert werden. Festgestellt werden muß, daß der Redaktion keine Schwierigkeiten, ihre Meinung zu vertreten, gemacht worden sind. Die Verhältnisse im Kassel herum, die zu Sparmaßnahmen zwangen, wirkten sich auch ungünstig für die Zeitung aus. Die Zeitung hat bei der Sparpolitik des Verbandes wohl die meisten Haare lassen müssen. In der letzten Zeit hat sich nach dieser Richtung hin jedoch das Verhältnis etwas gebessert und ist auch die Aussicht vorhanden, daß sie auch in Zukunft noch besser wird.

Der „Textilarbeiter“ muß eine würdige Repräsentantin des Verbandes sein und muß deshalb auch seine Ausgestaltung und sein Umfang danach eingerichtet sein. Ein Blick über die Gewerkschaftszeitung belehrt uns, daß dieses in allen maßgebenden Organisationen erkannt worden ist und wir auch in dieser Hinsicht wohl in Zukunft unser Augenmerk lenken müssen. Das Wirken der Zeitung selbst wird viel zu viel untergeschätzt. Sie muß ein wichtiges Bindeglied zwischen Mitgliedschaft und Verbandsleitung sein. Die Veränderungen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, der Sozialgesetzgebung, des Arbeitsrechts usw. zwingen dazu, zu allen diesen Fragen Stellung zu nehmen und zwischen Verband und Mitgliedschaft Dolmetsch zu sein. Die Zeitung soll aber nicht nur die Verbandspolitik fördern, die auf dem Verbandstag festgelegt wird, sondern sie soll auch ein Mitgestalter werbendes Organ sein, daneben ihren Lesern von dem Wollen und Wirken der Organisation Kenntnis geben. Sie soll als Kampforgan wegweisend unter der Mitgliedschaft wirken, sie soll die Mitgliedschaft einführen in die Volkswirtschaft, die Wirtschaft der Textilindustrie, sie soll über Handel und Wandel berichten und über den Arbeitsmarkt in der Industrie Aufschluß geben. Alle diese Dinge lassen erkennen, welche hohe Bedeutung dem Organ einer so großen Gewerkschaft, wie es die unserer ist, beigemessen werden muß. Die Ausgestaltung einer Zeitung, die im Brennpunkt der breiten Öffentlichkeit steht, muß demnach vorgenommen werden, daß sie den Wünschen des Leserkreises gerecht wird. In der Frage des Abfindungstages hat

gerade in der letzten Zeit unser Fachblatt systematisch Propaganda für denselben unternommen. Aber auch der ideale Gedanke der Gewerkschaftsbewegung selbst ist gekehrt und gepflegt worden. Im Vergleich mit der Vorkriegszeit muß festgestellt werden, daß früher die agitatorisch-kritischen Artikel überwogen, daß aber durch die Umgestaltung der Verhältnisse auch dieses geändert werden mußte. Die Handels- und Wirtschaftspolitik nahm in unserem Fachblatt analog der Bedeutung des Problems eine große Stellung ein. Der Frauenanteil, für den im „Textilarbeiter“ in jeder Nummer eine Spalte bereit gestellt ist, muß in Zukunft eine Erweiterung in der Behandlung der die Arbeiterinnen berührenden Fragen erfahren. Im großen und ganzen konnte der Redakteur feststellen, daß wesentliche Kritik an der bisherigen Schreibweise des „Textilarbeiters“ nicht geübt worden sei, was auch die wenigen Anträge, die zu diesem Kapitel vorliegen, beweisen. Für die Zukunft muß die Sprache aufgeworfen werden, ob es nicht notwendig ist, die Illustrationen und die Satire in den Dienst unserer Sache in unserem Fachblatt zu stellen. Wollen wir in Zukunft die Zeitung so ausgestatten, daß sie allen Wünschen möglichst gerecht wird, so muß aber auch die Engherzigkeit, die die Männer der Rasse umgibt, fallen. Tritt dieses ein und wird die Redaktion mehr als bisher von den Kollegen im Reich mit Material versorgt bzw. werden von diesen Berichte über die Vorgänge in den einzelnen Betrieben und Orten eingesandt, dann wird es möglich sein, die Mitgliedschaft an ihre Presse zu fesseln. Der „Textilarbeiter“ muß demart ausgestaltet sein, daß man mit Freunden nach ihm greift, und daß er von jeder Kollegin und von jedem Kollegen gern und eingehend gelesen wird. Der Wille hierzu ist bei der Redaktion vorhanden. Wird die Mitarbeit an unserem „Textilarbeiter“ in Zukunft eine bessere als bisher, so ist es möglich, das gesteckte Ziel zu erreichen. (Beifall.)

Für das

Arbeiterinnen-Sekretariat

berichtet über die bisherige Arbeit und zugleich in Vertretung des erkrankten Kollegen Rödel über die Probleme der Zukunft Kollegin Emma Ritke. Ihren Ausführungen war zu entnehmen, daß die Bearbeitung unter den Frauen und Mädchen starken Widerwilligkeiten ausgesetzt ist. Von Opfermut und größtem Idealismus muß die Werberarbeit getragen sein. Nach den Richtlinien, die uns der Verbandstag in Kassel gewiesen, ist im Laufe der Geschäftsperiode gute Werbearbeit verrichtet worden. Die Arbeit des Arbeiterinnen-Sekretariats bestand im wesentlichen auch darin, Informationsmaterial über alle die Arbeiterinnen berührende Fragen herauszugeben. Einen großen Rahmen nahm auf diesem Gebiet der Arbeiterinnen-Schutz ein. Besondere Festlegung des Schwangeren- und Wöchnerinnen-Schutzes erachtet unsere Organisation als unbedingte Notwendigkeit. Eingaben an Reichs- und Länderregierungen sowie an Parlamente sollten bewirken, das Leid der Arbeiterinnen, die im schwangeren Zustand noch oft bis zum letzten Augenblick am Werkstuhl stehen, zu mildern. Fehl- und Frühgeburten sind oft die Folgen derartiger Arbeit bis in die letzten Wochen hinein, die es gilt, in Zukunft in ihrem festigen Umfange zu beseitigen. Das Material, das das Arbeiterinnen-Sekretariat einforderte, um mit Tatsachen den ostjüdischen Körperchaften entgegenzutreten zu können, wurde oft nur mit größtem Widerstreben erlangt. 64 Proz. aller in der Textilindustrie tätigen Schwangeren nahmen im letzten Jahr keinen normalen Verlauf. Diese Dinge führten dann auch dazu, daß man in den Parlamenten Beschlüsse faßte, die eine Unterstützung und Besserstellung der Schwangeren und Wöchnerinnen herbeiführten. Der Beschluß des Braunschweigischen Landtages, die Besprechungen im Bayerischen und Sächsischen Landtag seien hier nur kurz erwähnt. Größte Aufmerksamkeit muß auch dem § 218 des Strafgesetzbuches gewidmet werden. Eine Denkschrift des Textilarbeiter-Verbandes wird in diesem Punkt in Zukunft ausgearbeitet werden. Der Textilarbeiterinnen-Kongress in Oera, auf dem alle einschlägigen die Arbeiterinnen berührende Fragen eingehend behandelt wurden, war ein voller Erfolg für die Organisation.

Ein agitatorischer Hinstich ist nichts versäumt worden, um neue Kämpferinnen für die Organisation zu gewinnen. Die Generalversammlung aller Textilarbeiterinnen, die in den letzten Monaten veranstaltet wurde, brachte beachtenswerte Erfolge. Fortfahrend auf diesem Wege und neue Probleme aufzurollen, wird die Arbeit der Organisation in Zukunft sein müssen. Den Bestrebungen auf Verkürzung der Arbeitszeit wird größtes Gewicht beigelegt. Die Verbindung von Mehrarbeit, die von Schwangeren geleistet werden soll, muß erreicht werden. Des weiteren muß unser Bestreben darauf gerichtet sein, Erleichterungen im Haushalt für unsere im Betriebe tätigen Kolleginnen zu schaffen. Im großen und ganzen wird es nicht an Dingen fehlen, die in Zukunft unsere Aufmerksamkeit erfordern. Um Positives zu erreichen, gebrauchen wir die Mitarbeit unserer im Betriebe tätigen Kolleginnen. Die Textilarbeiterin im Deutschen Textilarbeiter-Verband muß angeht sich ihrer Stellung, die sie im Wirtschaftsprozess einnimmt, verstehen lernen, in allen Einrichtungen des Verbandes sowohl wie in den anderen Körperchaften vertreten zu sein. Der oberste Grundsatz muß auch für die Zukunft sein, einzustehen für die Sache der Organisation, die ja ihre eigene Sache ist. Handeln die Textilarbeiterinnen in Zukunft nach dem Grundsatz: „Nicht betteln und bitten, nur mutig gestritten“, so wird es möglich sein, auf dem von uns beschrittenen Wege auch in Zukunft Erfolge zu erreichen, die zum Segen der Textilarbeiterchaft ausschlagen. (Lebhafte Beifall.)

Kollege Hübsch verliest hierauf ein Begrüßungstelegramm der Kollegen des Betriebes Lehmann-Berlin, das dankend zur Kenntnis genommen wird. Ein gleichzeitig mit diesem Telegramm eingegangener Antrag, die Wahlen in Berlin für ungültig zu erklären, wurde der Mandatsprüfungskommission überwiesen.

Kollege Ratusch-Finsterwalde beantragt im Namen der Revisoren Entlastung der Kassierer.

Kollege Christian Schröder-Hannover berichtet über die Tätigkeit des Verbandsausschusses, die hauptsächlich darin besteht, Revisionen und Prüfungen der Hauptkassen bzw. der Hauptverwaltung vorzunehmen und sich mit den Einsprüchen über Ausschüsse von Mitgliedern zu beschäftigen. Er bittet, alle der Generalversammlung vorliegenden Einsprüche zurückzuweisen.

Herr Stadtrat Kunze-Berlin (Reichsarbeitsministerium) bezeichnet die Angaben des Kollegen Feinbals betr. bestimmter Umwicklungen an die Schlichter als nicht den Tatsachen entsprechend.

Kollege Feinbals-Berlin fordert Auskunft darüber, was das Reichsarbeitsministerium zu tun gedenkt, um derartige unverantwortliche Ausprüche einzelner Beamten in Zukunft zu verhindern.

Nachmittags-sitzung. Kollege Schröder verliest zu Beginn der Nachmittags-sitzung ein Begrüßungstelegramm des französischen Bruderverbandes, das dankend zur Kenntnis genommen wird.

Hierauf wird in die Aussprache zum Vorstandsbericht eingetreten. Als Berichterstatter der Statutenberatungskommission legt der Kollege Nelson-Pulsnitz den Standpunkt der Kommission zu den einzelnen Anträgen dar. (Schluß f. Hauptblatt 4. Seite.)